

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

20 Pfennige

3. Jahrgang

Februar 1976

CSU contra 'stern': Münchener Urteil beschränkt Pressefreiheit

Im Nachrichtenmagazin "stern" wurde berichtet, der Flugzeugkonzern Lockheed habe, als die Bundeswehr unter dem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß den 'Starfighter' bestellte, der CSU Gelder in Höhe von mehreren Millionen Dollar zukommen lassen. Der "stern" stützt seinen Artikel auf die Aussage des ehemaligen Lockheed-Lobbyisten in Bonn, Ernest F. Hauser. Mit einer einstweiligen Verfügung haben Strauß und die CSU erreicht, daß der "stern" die in diesem Bericht gemachten Aussagen nicht mehr verbreiten darf.

Ob das im Dezember gesprochene Urteil nach der Berufungsverhandlung bestehen bleibt oder nicht -, es wird in die Annalen der bundesdeutschen Rechtsgeschichte eingehen. Der Spruch - im Eilverfahren ergangen - verbietet dem "stern" bei Strafandrohung von DM 500 000, "wörtlich oder sinngemäß" Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten, die sich auf angeblich von der amerikanischen Flugzeugfirma Lockheed im Zusammenhang mit der deutschen Starfighter-Beschaffung an die CSU gezahlte "Schmiergelder" beziehen.

Laut Oberlandesgericht München habe der "stern" zwar selber keine Meinung, sondern nur Tatsachen berichtet. Die aber seien "falsch, unrichtig oder unwahr". Nun erfolgte die Darstellung im "stern" aber keinesfalls aufgrund eigener Kenntnisse oder Ermittlungen, sondern in Form der Wiedergabe von Aussagen eines Dritten, nämlich des US-Staatsbürgers Ernest F. Hauser, vor einem Untersuchungsausschuß des US-Senats.

Die Behauptungen Hausers, z.T. gestützt auf nachweislich eigene Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren

1961/62, wären, wenn sie zuträfen, für CSU-Chef Strauß und seine Partei zweifellos sehr peinlich. Eben daraus aber resultiert dann auch ein großes öffentliches Interesse, ob Hauser gelogen oder die Wahrheit gesagt hat. Doch von der Wahrnehmung solcher Interessen durch die Presse will das Münchener Gericht nichts wissen. Sogar die Tatsache, daß der "stern" Strauß schriftlich angeboten hatte, noch vor der Veröffentlichung des Berichts zu dem Material Stellung zu nehmen, ließ die Richter ungerührt. (Die CSU-Führung reagierte damals

IN DIESER NUMMER:

MAJDANEK-Prozeß	
KZ-Bewacher vor Gericht	S. 3
Vom 100. ins Tausendste	
Zu den Adenauer-Nachrufen	S. 9
Carl von Ossietzky	S. 20
Bund volkstreuer Jugend	
Eine rechte Minitruppe	S. 22
Menschenleben -	
Zur Praxis unser Polizei	S. 24



lediglich mit der Übermittlung eines pauschalen Dementis.) Nach "Beweiswürdigung" habe Hauser gelogen (nur der Vorsitzende des US-Ausschusses glaubt an die Richtigkeit seiner Ausführungen!), das Dementi der CSU enthalte die Wahrheit, und also dürfe die Sache nicht mehr öffentlich erörtert werden, "weil Öffentlichkeit und Leser bei Berichten über politische Vorgänge das ausschließliche Interesse haben, nur wahre Tatsachen zu erfahren, nicht die Unwahrheit".

Wo blieben im Eilverfahren aber Wahrheitsbeweise? Mit anderen Worten: Aussage steht gegen Aussage. Die CSU gab gegen den Hauser-Eid fünf eidesstattliche Versicherungen ab. Darunter die von Strauß und auch von dem ehemaligen CSU-Generalsekretär Friedrich Zimmermann. Dessen Glaubwürdigkeit aber steht nach Ansicht des Gerichts "weit über der von Hauser". Sicher, Strauß ist nicht vorbestraft - aber hat er immer

Bonn ermittelt

Das Bundesverteidigungsministerium hat den Leiter seines Referates Ermittlungen in Sonderfällen, Rath, zu Untersuchungen in der Lockheed-Affäre nach Washington geschickt. Rath soll dort prüfen, ob und inwieweit ehemalige oder jetzige Angehörige der Bundeswehr an Bestechungspraktiken beteiligt waren. Ein ehemaliger Freund des früheren Bundesverteidigungsministers Strauß hatte in USA mehrfach unter Eid ausgesagt, daß er als ehemaliger Repräsentant der Flugzeugwerke Lockheed Kenntnis von etlichen Schmiergeldzahlungen nach Deutschland habe. Zum Beweis legte er sein Tagebuch vor, dessen Echtheit vor dem amerikanischen Untersuchungsausschuß von einem Experten bescheinigt wurde.

die Wahrheit gesagt? Und Zimmermann wurde immerhin schon einmal in zweiter Instanz von einer Meineidsklage freigesprochen, weil das Gericht "seine objektiv falschen Zeugenaussagen" im bayerischen Spielbanken-Prozeß einer Schilddrüsenüberfunktion und der "hierdurch verminderten geistigen Leistungsfähigkeit" zuschrieb.

Wenn die Thesen der Münchner Landrichter allgemeine Geltung erlangten, dürften die Zeitungen über den Verdacht von Korruption oder sonstigen Machtmißbrauch erst dann berichten, wenn sich solch ein Verdacht bereits zu richterlicher Gewißheit verdichtet hat. Da wären z.B. weder Watergate noch My Lai zu öffentlicher Kenntnis gelangt.

Dieses Urteil ist gefährlich - weil es allzu deutlich einseitig Partei ergreift, weil es in seiner Tendenz dem privaten Ehrenschutz der Person Strauß Vorrang vor der publizistischen Erörterung auch dort einräumt, wo es nachweislich nicht um die Privatsphäre des Politikers, sondern in erster Linie um das öffentliche Interesse an einer Partei, ihrer Finanzierung und der Integrität von Politikern geht.



Wenn ich sage - ich weiß nichts von amerikanischen Dollars - dann weiß ich nichts von Dollars !!!

MAJDANEK - PROZESS



Am 26. November 1975 begann vor der 17. Schwurgerichtskammer des Landgerichts Düsseldorf ein Prozeß gegen vorerst 14 ehemalige SS-Bewacher des Konzentrationslagers der Waffen-SS in Lublin-Majdanek. Voraussichtliche Dauer 6 Monate.

Majdanek, eines der unmenschlichen Vernichtungslager des Naziregimes, wie Auschwitz, Sobibor und Treblinka, hatte mehr als tausend Personen, die zur Leitung und zu den Bewachungs- und Exekutionsorganen des Lagers gehörten, die in wenigen Jahren, nach polnischen Angaben, über 360 000 Menschen barbarisch ermordeten oder in den Gaskammern umbrachten.

Majdanek wurde am 23. Juli 1944 befreit. Von 1944 bis 1950 fanden vor polnischen Gerichten mehrere Prozesse statt. In der Bundesrepublik wurden in der Vergangenheit zwar Verfahren eingeleitet, aber keine Prozesse geführt. Erst jetzt, mehr als drei Jahrzehnte nach der Befreiung des Lagers, sollen einige der SS-Bewacher und sogenannte Sanitätsdienstgrade, denen grauvolle Massenverbrechen zum Vorwurf gemacht werden, zur Verantwortung gezogen werden.

Unter den Beschuldigten befinden sich:

Herrmann HACKMANN,	geboren am 11.11.1913 in Osnabrück, ehemaliger Schutzhaftlagerführer
Wilhelm REINARTZT,	geboren am 17.3.1910 in Langenfeld, ehemaliger SS-Untersturmführer
Heinrich SCHMIDT,	geboren am 27.3.1912 in Altenburg, ehemaliger Lagerarzt und SS-Obersturmführer – verantwortlich für die Selektionen
Thomas ELLWANGER,	geboren am 3.3.1917 in München, ehemaliger SS-Unterscharführer
Hildegard LÄCHERT,	geboren am 19.3.1920 in Berlin, ehemalige SS-Aufseherin
Alice ORLOWSKI, geborene Elling	geboren am 30.9.1903 in Berlin, ehemalige SS-Aufseherin
Rosa SÜSS, geborene Reischl	geboren am 16.9.1920 in Gänswies, ehemalige SS-Aufseherin
Charlotte MAYER, geborene Wollert	geboren am 7.2.1918 in Friedland/Pommern, ehemalige SS-Aufseherin
Hermine ILYAN, geborene Braunsteiner	geboren am 16.7.1919 in Wien, ehemalige SS-Aufseherin
Arnold G. STRIPPEL,	geboren am 6.2.1911 in Unshausen/Hessen, ehemaliger SS-Untersturmführer und 2. Schutzhaftlagerführer
Fritz Heinrich PETRICK,	geboren am 22.1.1913 in Dresden, ehemaliger SS-Oberscharführer und Feldführer
H.W.G. GROFFMANN,	geboren am 19.5.1920 in Behringen/Schlesien, ehemaliger SS-Unterscharführer und Feldführer
Heinz K. VILLAIN,	geboren am 1.2.1921 in Rheinberg/Brandenburg, ehemaliger SS-Unterscharführer
Emil J. LAURICH,	geboren am 21.5.1921 in Hohenstein/CSR, ehemaliger SS-Rottenführer in der Schutzhaftlagerabteilung

Wie immer, wenn derartige Prozesse stattfinden, werden Stimmen laut, daß solche Gerichtsverfahren "dem deutschen Ansehen schaden" würden, oder "der zeitliche Abstand sei zu groß", um die wirklichen Tatbestände feststellen zu können; daß es sich um eine "späte Rache" oder gar um "unbewiesene Behauptungen, Übertreibungen oder Lügen" handele. Schon vor Jahren hat sich Oberkirchenrat Erwin Wilkens gegen diese Auffassungen gewandt und zu der Forderung Stellung genommen, einen Schlußstrich unter die NS-Verbrechen ziehen zu sollen. "Die eigentliche Sache, um die es geht", so schrieb er, "ist der Dienst an der Rechtsordnung mit der Wiederaufrichtung und Wahrung kraftvoller sittlicher Überzeugungen in unserem Volk. Dieser Dienst wird versäumt, wenn für Millionen von Morden keine Täter gesucht und wenn offenkundige Mörder nicht zur Rechenschaft gezogen werden". Und weiter: "Wenn es nicht gelingt, den Abscheu über die Mordtaten in ein Erschrecken aller über sich selbst zu verwandeln, dann ist erneut eine wichtige Gelegenheit versäumt, mit einer Bereinigung der Vergangenheit zugleich tragfähige Fundamente für die zu-

künftige Entwicklung deutschen Lebens zu legen."

Es gibt allerdings Leute, die sich weigern, von den Verbrechen und den Verbrechern Kenntnis zu nehmen. Überhaupt schon ihre Erwähnung bereitet ihnen Unbehagen. Natürlich gibt es subjektive und objektive Gründe hierfür. Aber umso unumgänglicher ist es, die Prozesse als Anlaß zur Besinnung und als Warnung anzusehen.

Vor allem die junge Generation, die weder beteiligt noch für die nazistische Barbarei verantwortlich gemacht werden kann, muß wissen, warum Namen und Tatsachen aus der vergänglichen Welt der Geschehnisse in ihr Bewußtsein gebracht werden und warum wir uns die verspäteten Akte der Selbstreinigung nicht ersparen können.

Daß die Verfolgung und Verurteilung von Naziverbrechern auch noch nach drei Jahrzehnten und später erfolgt - nach Angaben des Oberstaatsanwalts Rückerl von der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen werden weitere 300 Verfahren in der Bundesrepublik vorbereitet - hat viele Ursachen.



Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen bei der Zwangsarbeit, die sie oft mehr als zwölf Stunden am Tag und fast ohne maschinelle Hilfe verrichten mußten.

Archiv-Foto

So z.B. die Verkommenheit der Justiz im Dritten Reich, die Mord, Körperverletzung, Diebstahl und widerrechtliche Freiheitsberaubung einfach nicht verfolgte, wenn sie durch SS, Polizei, Wehrmacht oder durch die Justiz selbst begangen wurden; die verspätete Berechtigung dieser Untaten nach Beendigung des Krieges (durch Maßnahmen der Besatzungsmächte); die Lähmung der Gerichte, weil eine Reihe der Richter nazistisch belastet war, und nicht zuletzt auch deswegen, weil viele der Schandtaten auf mannigfache Weise verschleiert wurden, oder weil sowohl die Auftraggeber, die Schreibtischtäter, als auch die Henker und Henkersknechte jahrelang mit gefälschten Papieren in der Bundesrepublik oder anderswo leben konnten.

Interessiert an einer Verschleppung und Vernebelung der Verfahren waren auch jene Kreise, die die Nutznießer des Regimes und des Krieges waren. Die Industriellen und Bankiers, die zuerst Hitler in den Sattel gehoben hatten, später im "Generalrat der



Auch an den KZ verdiente die Industrie. Obergeringenieur Faust von den IG Farben erklärt dem "Reichsführer SS" die Industrieanlagen seines Konzerns bei Auschwitz (Foto). Die IG Farben forderte Arbeitssklaven von der SS an.

deutschen Wirtschaft" und als "Wehrwirtschaftsführer" in die wichtigsten Positionen des faschistischen Staates einrückten, leugneten nach 1945 rundweg ihre Beteiligung an der Errichtung des NS-Staates und ihre Mitverantwortung an den Naziverbrechen. Sie bezeichneten die von der Geschichtsschreibung längst nachgewiesene Unterstützung als eine "Legende von Hitler und der Industrie" (Deutsches Industrieinstitut). [Thyssen selbst widerlegt das mit seinem Buch "Ich finanzierte Hitler"; die Red.]

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß eine lautstarke Lobby von Interessenten, Alt- und Neufaschisten, oftmals gefördert durch offiziöse und offizielle Kreise, seit Jahren eine systematische Kampagne gegen die Verfolgung von Kriegs- und Naziverbrechen geführt hat und noch führt. Mit der unerhörten Behauptung, bei den wegen nachgewiesenen nazistischen Untaten Bestraften handele es sich um die "letzten Kriegsverurteilten", treten sie für die Freilassung der in Holland zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglich begnadigten SS-Führer Aus der Fünften, Fischer und Kotalla, für die in Italien ihre Strafe verbüßenden SS-Führer Reder und Kapler und für den in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher verurteilten "Stellvertreter des Führers" Rudolf Hess, ein.

Die Begleitmusik in der "neutralen" und der reaktionären Presse läßt nur allzu deutlich erkennen, daß es sich hierbei um neofaschistische Aktionen handelt, die nicht mehr und nicht weniger bezwecken, als die Kriegs- und Naziverbrecher als Märtyrer zu feiern und die grausame, allen Menschenrechten hohnsprechende Praxis des Faschismus zu bagatellisieren oder einfach zu leugnen.

Hierzu gehört auch die sogenannte Nostalgie-Welle, die unter dem Deckmantel einer "objektiven Information" über das Dritte Reich unsere Jugend für faschistische Ideen anfällig zu machen versucht. Das beschränkt sich nicht nur auf Veröffentlichungen des John-Jahr-Verlages (Serie: "Das III. Reich in Wort und Bild"; die Red.). Das findet Eingang in die Programme des Deutschen Fernsehens und in die Kinos, von den offen neonazistischen Druckzeugnissen wie Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, die der Verherrlichung der Hitlerei und des Krieges dienen, ganz zu schweigen. Bis heute fin-

det sich in der Bundesrepublik kein Staatsanwalt, der trotz eindeutiger Bestimmungen des Grundgesetzes und des Strafgesetzbuches gegen den nazistischen Ungeist einschreitet.

Empörend ist auch das Verhalten des Landgerichts Darmstadt, daß den gegen den Neofaschisten und Antisemiten Roeder aus Bensheim wegen dessen Hetzschrift "Die Auschwitz-Lüge" für den 3.10.1975 angesetzten Prozeß auf "unbestimmte Zeit" vertagt hat. Das Gericht entschuldigt sich mit Arbeitsüberlastung, obwohl die Anklageschrift bereits vor mehr als zwei Jahren abgeschlossen wurde. Damit wird Roeder, der seit Jahren in Wort und Schrift die Massenmorde der deutschen Faschisten verharmlost, die Fortsetzung seiner grundgesetzwidrigen Rassen- und Völkerhetze ermöglicht. Bekannt ist auch, daß in einer Gerichtsverhandlung in Darmstadt der als Zeuge erschienene Simon Wiesenthal als "Judensau" beschimpft wurde und der nazistische Anhang Roeders im Sprechchor rief "Juda verrecke", ohne daß Staatsanwalt, Richter oder Polizei eingegriffen hätten.

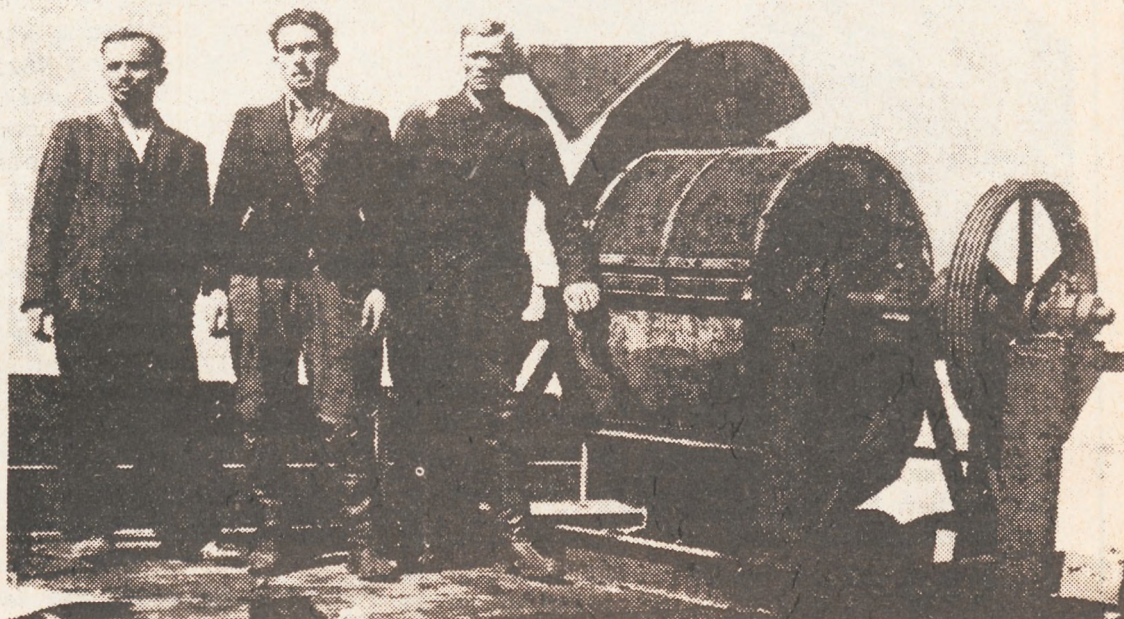
Das zeigt die Tendenz einer gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland an. Während Söhnen und Töchtern antifaschistischer Widerstandskämpfer mit Berufsverboten der Lehrerberuf versperrt wird, dürfen erklärte Faschisten als Rechtsanwälte tätig sein, können schwerbelastete Altnazis wie die Herren Bundesverwaltungsrichter Chapeaurouge und Weber-Lortsch in Sachen "Radikalen"-Erlaß "Recht" sprechen.

Ein Prozeß gegen Naziverbrechen, wie beispielsweise das jetzt in Düsseldorf anstehende Majdanek-Verfahren, ist von hoher aktueller und politischer Bedeutung. Das wird nicht allein durch die oben angeführten Beispiele unterstrichen. Die Verantwortung der Gerichte, aber auch der zur Berichterstattung verpflichteten Massenmedien, ist groß. Unser Volk, der gesamte Staat werden daran gemessen, wie wir mit jenem vielschichtigen Komplex fertig werden, der den nationalsozialistischen Staat, seine aggressiven, imperialistischen Ziele, aber auch seine verabscheuungswürdige, menschenentehrende und vernichtende Wesensart einschließt. Nicht nur die Völker, die unter dem Joch der nazistischen Unterdrückung unbeschreibliche Leiden erdulden mußten, die durch Ausrottung, Galgen, Exekutionskommandos und Gaskammern empfindlich dezimiert, deren Städte und Dörfer zerstört und ganze Landstriche verwüstet wurden, sondern die ganze zivilisierte Welt erwartet von uns Deutschen die entschlossene Abkehr von jenen monströsen Vorstellungen, Zielen und Methoden, die Imperialismus und Faschismus geprägt haben. Erforderlich ist eine wahrheitsgemäße Geschichtsforschung und -vermittlung, aber auch die Selbstreinigung durch kompromißlose Verfolgung und Verurteilung der für die nazistischen Massenverbrechen Verantwortlichen.

Nur unter diesen Aspekten ist der Prozeß gegen die KZ-Bewacher von Majdanek zu beurteilen.

[aus einem Bericht der VVN-Bund der Antifaschisten]

Mit dieser Knochenmühle mußten jüdische Zwangsarbeiter die Überreste von vielen tausend Opfern zerreiben und die Asche verstreuen. Standort dieser Knochenmühle war Lemberg/Janowski-Lager.





Sein Gedicht „Artikel 3 (3)“ durfte nicht ausgestrahlt werden: Alfred Andersch.

„Eine gehässige Schmähschrift“

Kontroverse im SWF um Alfred Andersch

Dieter Stolte, Fernseh-Programmdirektor und stellvertretender Intendant des Südwestfunks (SWF) hat dem Redakteur und Moderator des SWF-Literaturmagazins, Jürgen Lodemann, untersagt, das Gedicht „Artikel 3 (3)“ von Alfred Andersch in die am 17. Januar im dritten Programm ausgestrahlte Sendung aufzunehmen. Dieses Gedicht ist am 3. Januar erstmals in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht worden — als Antwort des Autors auf eine von dieser Zeitung veranstaltete Umfrage zur heutigen kulturellen Situation in der Bundesrepublik. Lodemann wollte es nach eigener Aussage den Hörern als Zeugnis der auffällenden Radikalisierung Alfred Anderschs präsentieren, die in der Tat um so bemerkenswerter ist, als sich der Autor in den späten sechziger Jahren, als Systemkritik an der Tagesordnung war, mit diesbezüglichen Äußerungen sehr zurückgehalten hatte.

In einem Telefongespräch mit der SZ wertete Stolte das Andersch-Gedicht (Auszug: „ein Volk von/Ex-nazis/ und ihren/Mitläufern/betreibt schon wieder/seinen Lieblingsport/die Hetzjagd auf kommunisten sozialisten humanisten/dissidenten/linke“) als eine gehässige Schmähschrift auf die Bun-

desrepublik und ihre Bürger und erklärte, daß er die Verbreitung des Textes über den Südwestfunk nicht habe verantworten können. Die distanzierenden Anmerkungen, die Lodemann der Lesung hatte vorausschieken wollen, hätten zwar, so Stolte, ausgereicht, den Sender juristisch zu salviaeren; für ihn aber sei es nicht um juristische, sondern um moralische Erwägungen gegangen. Zugleich zog Stolte der SZ gegenüber in Zweifel, daß dieser Text ein Gedicht, mithin Literatur sei und folglich eine nicht nur inhaltliche Beurteilung verdiene. Wolfgang Werth

SZ v. 23.1.76

Naziiparolen und Terror gegen Journalisten

Von der Polizei geschützt wurde in Frankfurt am vergangenen Wochenende eine „Reichsgründungsfeier“ zehn neofaschistischer Organisationen und Grüppchen, unter ihnen NPD, „AKON“, Witikobund, „Wikingjugend“, „Kampfbund deutscher Soldaten“ und „Vereinigung verfassungstreuer Verbände“.

Neonazistische Redner bezeichneten Antifaschisten und Verfolgte des Naziregimes als „Kriminelle“ und „Verbrecher“. NS-Massenmordprozesse seien ein „unwürdiges Schauspiel“, das man „endlich einstellen“ müsse. Dabei wurde auf den Düsseldorf Majdanek-Prozeß Bezug genommen. Der ehemalige CDU-Propagandist Professor Fritz Münch bezeichnete die Ostverträge als „ungültig“ und proklamierte die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871“.

Antifaschistische Pressevertreter wurden tätlich angegriffen, weil sie beim Absingen der drei Strophen des „Deutschland über alles“ nicht aufstanden.

Die VVN hatte das Verbot der neofaschistischen „Reichsgründungsfeier“ gefordert.

CDU gegen Wetterkarte

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) erneut zu einer Änderung der Wetterkarte in der Tagesschau aufgefordert. In einem Schreiben an den neuen ARD-Vorsitzenden Werner Hess kritisierte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich Windelen, daß auf der derzeitigen farbigen Landkarte

die Oder-Neiße-Linie als Grenze zur Volksrepublik Polen dargestellt werde, „ohne daß die Umrisse des deutschen Reiches in den Grenzen des 31. Dezember 1937 noch erkennbar wären“. Unter Berufung auf das Bundesverfassungsgericht forderte Windelen Hess auf, dafür Sorge zu tragen, daß künftig in der Tagesschau eine Landkarte gezeigt werde, „deren Grenzdarstellungen der höchstrichterlichen Rechtssprechung zur Rechtslage Deutschlands entsprechen“.

(AP)

SZ v. 29.1.76

reihe wissenschaftliche texte

roland götz

preis u. optimale planung

ein beitrag zur diskussion in der udssr

theorie und praxis der optimalplanung in der udssr — auseinandersetzung mit dem wertbegriff bei marx — preisbildung der naturgüter — wohlfahrtsaspekte der preisbildung — orientierung an den grenz- oder durchschnittskosten — diskussion der umstrittenen punkte.

kart. 308 seiten

18,-

gerd maas

inflation und industriepreis

über den zusammenhang der allgemeinen preisniveauentwicklung mit der preispolitik von großunternehmen: in weiterentwicklung des ansatzes von w. hofmann zeigt maas, daß die oligopole die treibende kraft im gegenwärtigen preissteigerungsprozeß darstellen.

kart. 290 seiten

18,-

in allen linken buchhandlungen oder beim

MARO VERLAG

8906 GERSTHOFEN, Postfach 1222

Tat v. 23.1.76

ANZEIGE

ARTIKEL 3(3)

Sendung im Literaturmagazin des SWF durch Intendant Stolte verboten

Im folgenden stellen wir das Gedicht von Alfred Andersch "Artikel 3(3)" zur Diskussion. Die Sendung dieses Gedichts im Rahmen eines Literaturmagazins wurde vom stellvertretenden Intendanten des Südwestfunks (SWF), Dieter Stolte, verboten; Herr Stolte tat dies "aus moralischen Erwägungen" und weil er dieses Gedicht als "billigste Polemik" und als Verleumdung der Republik erachte, die seiner Meinung nach die "freieste Republik" sei. Stolte bezweifelte, daß dieser Text "Literatur" sei. Dem international anerkannte Schriftsteller A. Andersch warf er "schludrige Sorglosigkeit" vor.

- Wir fragen:
- Gibt es bereits wieder eine Zensur, die auch vor literarischen Werken nicht halt macht?
 - Haben Personen in der Funktion eines Intendanten das Recht, darüber zu befinden, was Literatur ist und was nicht?
 - Beweist dieser Fall nicht: Die Aussage des Gedichtes ist berechtigt?

Leserbriefe, Meinungen und Diskussionsbeiträge bitte einsenden an die Redaktion, c/o H. Jacobi, Martin-Greif-Straße 3, 8000 München 2.

Alfred Andersch :

Artikel 3 (3)

1.
niemand darf wegen
seines geschlechtes
seiner abstammung
seiner rasse
seiner sprache
seiner heimat und herkunft
seines glaubens
seiner religiösen oder
politischen
anschauungen
benachteiligt oder
bevorzugt werden

2.
ein volk von
ex-nazis
und ihren
mitläufern
betreibt schon wieder
seinen liebungsport
die hetzjagd auf
kommunisten
sozialisten
humanisten
dissidenten
linke

3.
wer rechts ist
grinst

4.
beispielsweise
wird eine partei zugelassen
damit man
die existenz
ihrer mitglieder
zerstören kann

eigentlich waren
die nazis
ehrlicher

zugegeben
die neue methode ist
cleverer

5.
dreißig jahre später
gibt es wieder

sagen wir
zehntausend
die verhören
die neue gestapo

wehrt euch

vielleicht gibt es zeitungen
die eine rubrik einrichten
jeden tag in einem kasten
eine visage
die fotografie einer fresse
die verhört
mit namen
beruf
adresse
sowie
in den meisten fällen
mitgliedsnummer der
nedap

dann selbstverständlich
keine gewalt
sondern
geht hin
und zeichnet
die wohnungstüre
das haus
des folterers
mit hakenkreuzen

ich garantier euch
der wird es sich überlegen
ob er noch einmal
verhört

der läuft zu
seinem boß
und sagt
sorry boß
die machen mich
dingfest
das wird mir
zu gefährlich
dem geht der
arsch mit grundeis

hört auf zu winseln
wehrt euch
die beste verteidigung ist
der angriff
(clausewitz)

6.
als die nazis
während des krieges
in dänemark
den judenstern einführen wollten

trug der könig von dänemark
bei seinem nächsten ausritt

den gelben stern
auf seiner uniform

warum legen
der scheel
der schmidt
der willybrandt
der genscher
der maihofer
nicht den
judenstern an
wenn sie
beim frühstück lesen
daß man schon wieder
eine lehrerin
gefoltert hat

ah ich vergesse
das sie eine solche meldung
mit der lupe
suchen müßten

wie wär's denn
bundesdeutsche zeitungen
wenn ihr
den deutschen dissidenten
wenigstens ein zehntel des raums
einräumen würdet
den ihr
den russischen
widmet
doch zieht ihr es vor
aus dem glashaus
mit steinen zu schmeißen

die splitter im fremden
anstatt den balken im eigene
auge zu sehn

7.
das neue kz
ist schon errichtet

die radikalen sind ausgeschlossen
vom öffentlichen dienst
also eingeschlossen
ins lager
das errichtet wird
für den gedanken an
die veränderung
öffentlichen dienstes

die gesellschaft
ist wieder geteilt
in wächter
und bewachte

wie gehabt

ein geruch breitet sich aus
der geruch einer maschine
die gas erzeugt

Vom 100. ins Tausendste

Ein Nachruf auf die Nachrufe

Der Alte aus Rhöndorf, der Rosenzüchter und Bocciaspieler, der Meister der Politik, Altbundeskanzler und größter Deutscher, der am meisten für Deutschland geleistet, der aus Deutschland wieder was gemacht hat, Patriarch, Erzvater der Freiheit des Westens, der Freiheit ... (für wen?) -

Wer kennt sie nicht, jene Nachrufe, biografischen Notizen, Features und Diskussionen, Rundfunksendungen, Zeitungsberichte, Illustriertenserien und TV-Portraits, in denen alles, was denkt (und lenkt), darüber rätselt, wer und was Adenauer alles war: ein zweiter Bismarck oder ein großer Politiker, ein Patriot oder ein großer Europäer und bei aller Kritik doch ein Großer und Alter, ein Schlauberger und genialer Stratege, ein gewitzter Taktiker, eine Führernatur oder was sonst noch?

Man mag dazu stehen wie man will; suspekt ist das großartige Gerede um jenen Vater der Freiheit allemal, wenn man berücksichtigt, wie es denn heute um diese Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland bestellt ist.

Gerade die Politiker der Unionsparteien CSU und CDU, an deren Formung und politischer Ausrichtung Adenauer einen nicht unbedeutenden Anteil hatte, waren und sind besonders in der letzten Zeit sehr deutlich wieder gerade diejenigen, die unter Freiheit nur eines verstehen: so frei zu sein, sich allein für die Politik der Union zu entscheiden, andernfalls man nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe und deshalb in die linke Ecke gehöre, von wo aus "politische Trautmäntzer" in Kumpagnei mit Terroristen und Baader-Meinhof-Sympathisanten alles kaputtschlagen wollen.

Wer das unter Freiheit versteht, wer so argumentiert, der praktiziert bereits Unfreiheit, der schafft auf diese Weise den Nährboden für ein Unkraut, das jede Demokratie erstickt.

Der Nachkriegsgeneration schuldig

Völlig verantwortungslos gegenüber der Nachkriegsgeneration und besonders der heutigen Jugend werden aber jene Lobgesänge auf den Altbundeskanzler, wenn dabei Halbwahrheiten oder sogar Unwahrheiten über die Geschichte in der Beirichterstattung auftauchen. Eines aber ist den meisten all jener Nachrufe gemeinsam: die historischen Tatsachen und ihre Hintergründe, die damals allgemein bekannt waren, bleiben unerwähnt. Das Erbe Adenauers und seine Person werden zwar vielfach besungen, wie es aber zustandekam und wie es gegen den Willen einer breiten demokratischen Mehrheit nach 1945 zustandekam, darüber schwieg schon des Sängers Höflichkeit. Die Mißtöne, die dabei bezüglich der Darstellung der deutschen Geschichte ins Spiel kamen, sollten uns hellhörig und wachsam machen.

Oder ist es nicht schon mehr als verwunderlich, wenn eine bayerische Tageszeitung in einem Adenauer-Nachruf den von den Nazis angezettelten 2. Weltkrieg als "die über uns aus dem Osten herein-gebrochene Katastrophe" bezeichnet, die von Adenauer in "ihrer ganzen Größe erkannt" worden sei (MITTELBAYERISCHE ZEITUNG v. 3./4. Jan. 1976)? Wenn in einer Zeitung mit der Geschichte derart verfahren wird, dann mag der kritische Leser entscheiden, ob es sich dabei um falsche Darstellung der geschichtlichen Realität handelt oder um eine politische Zweckklüge oder um beides. Denn wer für die "Katastrophe" verantwortlich zu machen war (und ist), hatte spätestens 1945 eine überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes klar erkannt: der Hitlerfaschismus und jene Kräfte aus Wirtschaftskreisen der Rüstungsindustrie und der Hochfinanz, die ihn an die Macht gebracht hatten.

Daß nach 1945 selbst die CDU bei ihrer Gründung über diese Tatsache nicht hinwegsehen konnte, ist ebenso als histori-

scher Faktor in ihrem "Ahlemer Programm" nachzulesen. Dort steht (auch wenn ein Mitglied der CDU-"Führungsmannschaft" 30 Jahre später gesagt haben soll, er habe es nicht einmal gelesen): "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden." Sogar Adenauer hat dies - und das müßte dem Verfasser jenes mittelbayrischen Zeitungsartikels bekannt sein - 1945 zugegeben. War es Zufall oder politisches Kalkül, daß Adenauer, als er sein Erbe schuf, jene historischen Wahrheiten nach und nach in ihr Gegenteil verkehrte? Doch sehen wir, wie es dazu kam:

Während der Weimarer Republik war Adenauer Mitglied der katholischen Zentrumsparlei und Oberbürgermeister von Köln. Er selbst war kein Nazi. Aber wenn es darum ging, Sozialdemokraten und Kommunisten zu bekämpfen, war ihm jedes Mittel recht. Er war es auch, der die Verfügungen des preussischen SPD-Innenministers boykottierte und den Nazis half, wo er konnte. In einem Schreiben an Hermann Göring versuchte Adenauer, sich eben damit zu rechtfertigen, und machte seine Verdienste um die NSDAP geltend (siehe S. 14).

Nach 1945 gründeten bürgerliche Gegner des Nationalsozialismus die Christlich-Demokratische Union. Mit Unterstützung einflußreicher und finanzkräftiger Freunde und durch Protektion der britischen Besatzungsmacht setzte Adenauer sich an die Spitze der Partei. Er, der zeitlebens einen Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten führte, gab sich damals antikapitalistisch und erklärte: "Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke. Auch bei der eisen-schaffenden Industrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten ... Die CDU will die Grundstoffindustrie der Herrschaft des Privatkapitals entziehen".

Auch der antifaschistischen und antimilitaristischen Einstellung in der Bevölkerung paßte Adenauer sich an: Die "hohen Militärs und die Großindustriellen", erklärte er, "tragen ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, dretwegen sie vom deutschen Volk vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist umso größer, je größer ihre Macht und ihr Einfluß waren".

Daß er damit die Wahrheit gesagt hatte, ist unbestritten. Drei Jahre später jedoch wurde Adenauer Bundeskanzler. Zu sei-

nem engsten Berater machte er einen Mann, der in einem Brief (vom 25.4.1938) des NS-Innenministers Frick an den "Stellvertreter des Führers in München, Braunes Haus" so beschrieben wurde:

"Oberregierungsrat Dr. Globke gehört unzweifelhaft zu den befähigsten und tüchtigsten Beamten meines Ministeriums. In ganz hervorragendem Maße ist er am Zustandekommen nachstehend genannter Gesetze beteiligt gewesen:

- a) des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre,
- b) des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes ...

Bei seiner seit der Machtergreifung durch die NSDAP bewiesenen Loyalität und Einsatzbereitschaft halte ich es für dringend erforderlich, ihn nunmehr durch die Beförderung zum Ministerialrat für seine vorzüglichen Leistungen ..." Bei Adenauer wurde Globke noch mehr: Staatssekretär im Kanzleramt.



Globe, die Graue Eminenz von Bonn, Staatssekretär im Bundeskanzleramt Adenauers, zeichnete mitverantwortlich für die NS-Rassengesetze.

Vorbei waren die antifaschistischen Gedanken. Vorbei war auch die Distanz zu Großindustriellen und Bankiers: Zu seinen besten Freunden und engsten Beratern zählte jetzt Robert Pferdmenges, während der Hitlerzeit Aufsichtsrat in zwanzig Unternehmen der Großindustrie und NS-Wehrwirtschaftsführer. Herr Pferdmenges wurde jetzt führender Mann in der Bankwirtschaft und Vorsitzender des "Sonderausschusses für das Amerikageschäft". Enge Vertraute und Wirtschaftsberater Adenauers wurden auch die ehemaligen NS-Wirtschaftsgrößen mit Namen wie Dr. Friedrich Ernst,

Hermann Josef Abs, Dr. Heinrich Dinkelbach, Heinrich Kost, Dr. Lehr und andere.

Die in Wahrheit Verantwortlichen für Faschismus und Krieg sah Herr Adenauer jetzt in anderem Licht. Er machte jetzt Unterschiede:

"Wie mein Freund Pferdmeiges unterscheidet ich drei Stufen der Wahrheit: die einfache Wahrheit, die reine Wahrheit, die lautere Wahrheit."

Die bittere Wahrheit – auch heute noch eine Tatsache – ist, daß unter Adenauer ehemaligen Nazi-Beamten wieder der Zugang zu Verwaltung und Justiz geöffnet wurde, daß das Offizierskorps der auf Adenauers Betreiben neu entstehenden Armee mit ehemaligen Hitler-Generalen bestückt wurde und daß frühere SA-, SS- und Gestapo-Leute jetzt den "Schutz der Verfassung" und die Auslandsspionage übernehmen durften.



Mit der Durchsetzung der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland erwarb sich Adenauer Verdienste bei der Rüstungsindustrie. Er verbot die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und trommelte in Reden und Interviews für die Bewaffnung der Nachkriegsjugend. Am 23. Jan. 1951 erklärte Adenauer: "Solange ich Bundeskanzler bin, können Sie, Herr General (Eisenhower – d. Red.), beruhigt sein ... Es wird aufgerüstet! Ge-

gen jeden Versuch, diese Politik zu durchkreuzen, werde ich aufs schärfste vorgehen lassen. Gegenwärtig finden bereits Beratungen über die Möglichkeit der Aufhebung des § 4 des Grundgesetzes statt, der die Verweigerung des Militärdienstes erlaubt."

Adenauer 1957:



»Wir werden dafür sorgen, daß die SPD niemals an die Macht kommt«

Unter der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten wurden Hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgt und in KZs psychisch und physisch vernichtet. Adenauer hatte vor 1933 bereits den Kampf gegen Sozialdemokraten und Kommunisten auf seine Weise geführt. Nach 1945 setzte er ihn fort: Im Vollzug des Gesetzes zur Wiedergutmachung der von den Nationalsozialisten angerichteten materiellen, körperlichen und seelischen Schäden wurden Kommunisten, die trotz Konzentrationslagerhaft bei ihrer Überzeugung geblieben waren, als "rückfällig" von jeder Entschädigung ausgenommen. Ein sogenannter "Adenauer-Erlaß" entfernte kommunistische Lehrer, Kommunalbeamte und Angestellte aus dem öffentlichen Dienst. Die KPD wurde (1956) verboten. Hunderte, die vor kaum einem Jahrzehnt aus Hitlers KZs befreit worden waren, kamen wieder ins Gefängnis – abgeholt, abgeurteilt und bewacht oftmals von den gleichen Personen, denen sie schon einmal begegnet waren (vergleiche den Bericht von M. Kumpfmüller im DID Nr. 6/1974 über seine Verhaftung 1941

durch den Regensburger Gestapo-Mann Hans Metzger und über seine erneute Verhaftung 1957 durch Hans Metzger, heute Geschäftsführer der CSU-Regensburg).

Jupp Angenfort berichtet:

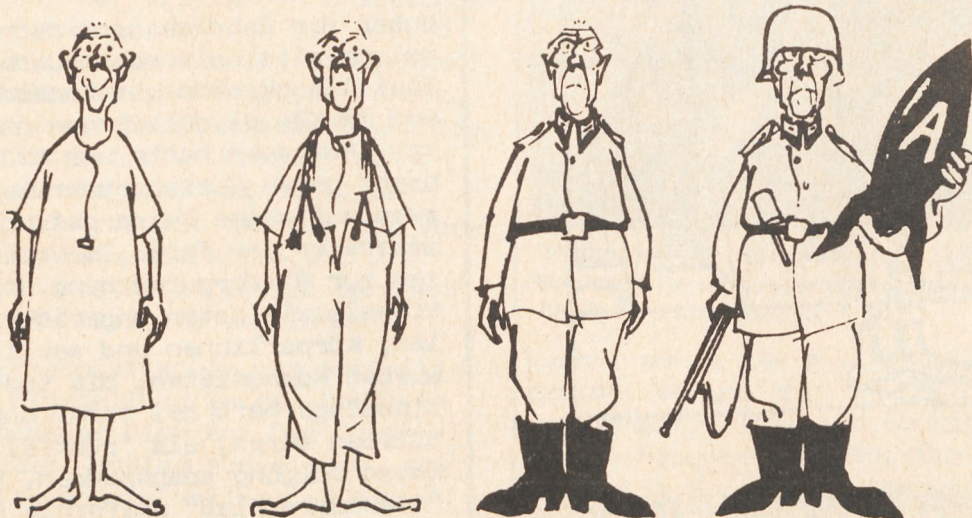
Im März 1953 wurde ich in Duisburg durch Beamte der Sicherungsgruppe Bonn auf offener Straße verhaftet und in das Gefängnis Karlsruhe transportiert. Ich wurde verhaftet, obwohl ich Landtagsabgeordneter der KPD in Nordrhein-Westfalen war, also die Immunität besaß. Der Landtag hatte meine Immunität nicht aufgehoben.

Dieser Verhaftung folgten zwei Jahre Untersuchungshaft und dann die Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, weil ich bis zu meiner Verhaftung Leiter der Freien Deutschen Jugend in der Bundesrepublik war; der Jugendorganisation, die sich in der damaligen Zeit das Ziel setzte, das gemeinsame Handeln für die Grundrechte der Jugend zu entwickeln, die guten Traditionen der deutschen Arbeiterjugendbewegung weiterzutragen, für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken und den Militarismus zu bekämpfen. Als ich im Sommer 1955 in das Zuchthaus Münster in Westfalen eingeliefert wurde, wurden gerade die drei letzten Kriegsverbrecher, die dort ihre lebenslange Haftstrafe ver-

büßen sollten, unter ihnen der ehemalige Leiter des provisorischen Konzentrationslagers in Wuppertal, entlassen.

Josef Schröder, ehemaliger Betriebsrat, berichtet:

Hier für den Alltag der Ära Adenauer ein Beispiel, erlebt als Betriebsrat beim Bochumer Verein, einem Hüttenwerk in Bochum, heute zum Krupp-Konzern gehörend: 1960 sollte in Paris die Friedenskonferenz mit den Staatsmännern der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs stattfinden. Entsprechend der Verpflichtung im DGB-Grundsatzprogramm und dem Wunsche der Belegschaft, für den Frieden einzutreten, wandten sich die Vertrauensleute der Hochofenbelegschaft in einer Entschliebung an die Friedenskonferenz in Paris. Die Entschliebung wurde einstimmig von den Vertrauensleuten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen, angenommen. Ich wurde wegen dieser Entschliebung zunächst fristlos entlassen und später wegen angeblicher Mitgliedschaft zur verbotenen KPD verhaftet und zu mehr als zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde außerdem meine Teilnahme und mein Diskussionsbeitrag auf einer Arbeiterkonferenz in Leipzig verschärfend berücksichtigt.



»Ich bin nach wie vor strikt gegen eine Remilitarisierung der Bundesrepublik« — Adenauer 1950

»Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg« — Adenauer 1950

»Die deutsche Wiederbewaffnung ist der erste Schritt zur Abrüstung« — Adenauer 1954

»Wir wollen keine atomaren Waffen, wir können sie gar nicht bezahlen. Im übrigen — wir lehnen eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ganz bewußt ab« — Adenauer 1957

»Wer der Bundeswehr die taktischen Atomwaffen vorenthalten will, ist ein Narr oder Böseres« — Adenauer 1960

»Es ist der sichere Untergang, wenn die Bundeswehr keine Atomwaffen hat« — Adenauer 1961

Die SPD konnte man nicht verbieten. Doch eine massiv betriebene Propagandaflut gegen den "Bolschewismus" sollte die Wähler beeinflussen. Wie Goebbels nannte Adenauer die SPD den "Untergang Deutschlands" oder den "Totengräber des deutschen Volkes". "Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau" stand auf einem CDU-Wahlplakat. Wieder wurden Sozialdemokraten und Gewerkschafter bespitzelt und auf schwarze Listen gesetzt.

Als Adenauer nach 1945 antrat, versprach er: "Ich bin kein Freund von Großkapitalisten und ebensowenig ein Freund der Trusts und Kartelle. Ich erkläre, daß ich nicht wünsche, daß wieder Großkapitalisten entstehen ..., daß Großkapitalisten niemals eine die Freiheit bedrohende Macht gewinnen dürfen". Als Adenauer 1963 abtrat, hinterließ er einen Staat der Trusts und Kartelle, dessen Banken und Monopolherren wieder zur Weltspitze zählen, hinterließ er eine Justiz, die ihr NS-Personal nicht "vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft" zog, sondern beförderte, und ein Militär, das mit Hitlers Orden herumspaziert.

"Der neue Staat wurde politisch und personell unter Ausschluß eines großen Volkskreises aufgebaut und einseitig nach den Absichten des CDU-Führers ausgerichtet"; dies meinte 1956 Gustav Heinemann.

Faßt man den Großteil der in den vergangenen Wochen veröffentlichten Nachrufe zum 100. Geburtstag Adenauers zusammen, so entsteht der Eindruck, daß zwar jede Einzelheit, vom Hundertsten ins Tausendste, an diesem Mann gewürdigt und diskutiert worden ist, daß man dabei aber nicht erfährt, was dieser Mann tatsächlich für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft getan hat. So ist dies auch ein Musterbeispiel dafür, wie man die Geschichte der großen Staatsmänner schreibt und fortschreibt, wie ein Idol entsteht, um dessen Erbe man in einen feierlichen Wettstreit tritt, mit dessen Erbe wir aber in einer Realität leben, die er schreckende Parallelen aufweist zu dem, was viele einmal für immer vorbei glaubten.

Darüber sollten wir nachdenken.

Eine bayrische Wochenzeitung bemerkt dazu sehr treffend: Adenauer hat "durch sein Vaterimage den Deutschen das Nachdenken

nach dem Untergang des Nazi-Regimes erspart, vor allem über die Ursachen, die erst zu der Nazi-Herrschaft in Deutschland geführt haben, und was geändert werden müßte, um zu verhindern, daß Deutschland zum drittenmal in ein Inferno schlittert." (Die Woche, 8.1.76)



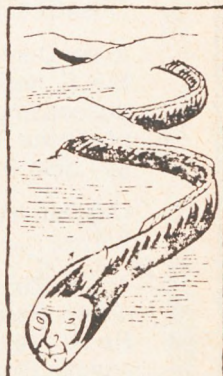
Er muß Haken schlagen
können wie ein Hase



... weise sein wie eine
alte Eule



... sich überall durchwin-
den können wie ein Aal



Der ideale Kanzlernachfolger



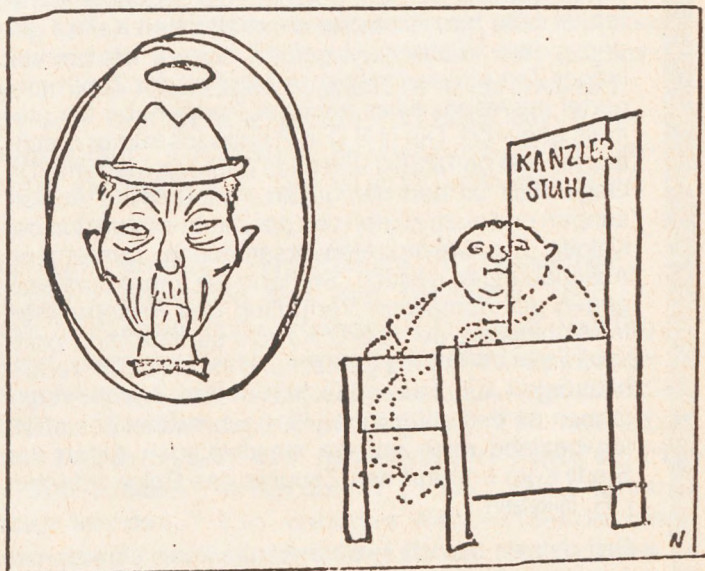
... große Übersicht haben
wie eine Giraffe



... raffiniert und schlau
sein wie ein Fuchs



... schwarz sein wie
ein Panther



seliger Bruder Konrad bitt' für mich !

Neubabelsberg, den 10. August 1934
Augustenstrasse 40

An den
Herrn Preussischen Minister des Inneren, Berlin

Durch Verfügung des Herrn Preussischen Ministers des Inneren vom 17. 7. 33 bin ich auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst entlassen worden. Gründe sind mir nicht mitgeteilt worden. Ich beantrage, die Gründe dieser Verfügung einer Nachprüfung zu unterziehen und mich auf Grund des § 6 dieses Gesetzes in den Ruhestand zu versetzen.

In der Durchführungsverordnung vom 2. 4. 33 zu dem B.B.G. heisst es zu § 4: „Bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 4 gegeben sind, ist die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918 in Betracht zu ziehen.

Die Durchführungsverordnung vom 6. 5. 33 lautet zu § 4:

1) Die Zugehörigkeit eines Beamten zu einer politischen Partei – ausgenommen die kommunistische Partei – rechtfertigt allein noch nicht die Annahme nationaler Unzuverlässigkeit. Dies gilt auch dann, wenn der Beamte eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen ist, an sie Beiträge gezahlt und ihre Versammlungen besucht hat.

2) Die Voraussetzungen des § 4 Satz I, sind insbesondere dann erfüllt, wenn ein Beamter in Wort, Schrift oder durch sein sonstiges Verhalten gehässig gegen die nationale Bewegung aufgetreten ist, ihre Führung beschimpft oder seine dienstliche Stellung dazu missbraucht hat, um national gesinnte Beamte zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen.

Ich bin im Jahre 1906, nachdem ich im Jahre 1902 das Examen als Gerichtsassessor bestanden hatte, in den Dienst der Stadt Köln als Beigeordneter eingetreten. Im Jahre 1917 bin ich einstimmig zum Oberbürgermeister der Stadt Köln gewählt und vom Könige bestätigt worden. Im Jahre 1929 bin ich als solcher wiedergewählt worden, trotzdem die Sozialdemokraten und die Kommunisten den heftigsten Kampf gegen meine Wiederwahl geführt haben. Ich bin seit langer Zeit eingeschriebenes Mitglied der Zentrumsparlei gewesen, einer anderen Partei habe ich niemals angehört. Die N S D A P habe ich immer durchaus korrekt behandelt und mich dadurch wiederholt in Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen und auch zu den von der Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung vertretenen Anschauungen gesetzt. So habe ich Jahre lang entgegen der damaligen Verfügung des Preussischen Innenministers der N S D A P die städtischen Sportplätze zur Verfügung gestellt und ihr bei ihren Veranstaltungen auf diesen das Hissen ihrer Hakenkreuzfahnen an den städtischen Flaggenmasten gestattet. Ich beziehe mich auf die einschlägigen Akten der Stadt Köln und auf das Zeugnis des Beigeordneten i. R. Billstein.

Seit Jahren bin ich in dem zuständigen städtischen Ausschuss entgegen den ministeriellen Verfügungen

dafür eingetreten, dem Westdeutschen Beobachter die städtischen Bekanntmachungen zu geben. Siehe das Protokollbuch des Verfassungsschutzes der Stadt Köln.

Im Sommer 1930 habe ich angeordnet, dass die Verfügung des Preussischen Staatsministeriums, die nationalsozialistischen Beamten zwecks Disziplinierung namhaft zu machen – die Verfügung war vom Regierungspräsidenten zur Durchführung übersandt worden – nicht ausgeführt worden ist, da ich sie für unberechtigt und ungerecht hielt. Beweis: Zeugnis des Beigeordneten i. R. Berndorff in Köln. Dem nationalistischen Stadtverordneten Gauleiter Grohé habe ich in jener Zeit auf seine an mich gerichtete Frage, ob städtische Beamte, die sich für die N S D A P bekannten, von mir etwas zu befürchten hätten, geantwortet, dass kein Beamter – gleichgültig, welcher Partei er angehöre – im Dienste für diese Partei agitieren dürfe; wenn aber ausserhalb des Dienstes ein Beamter für die N S D A P eintrete, so sei das seine persönliche Angelegenheit, deretwegen er von mir nichts zu befürchten habe.

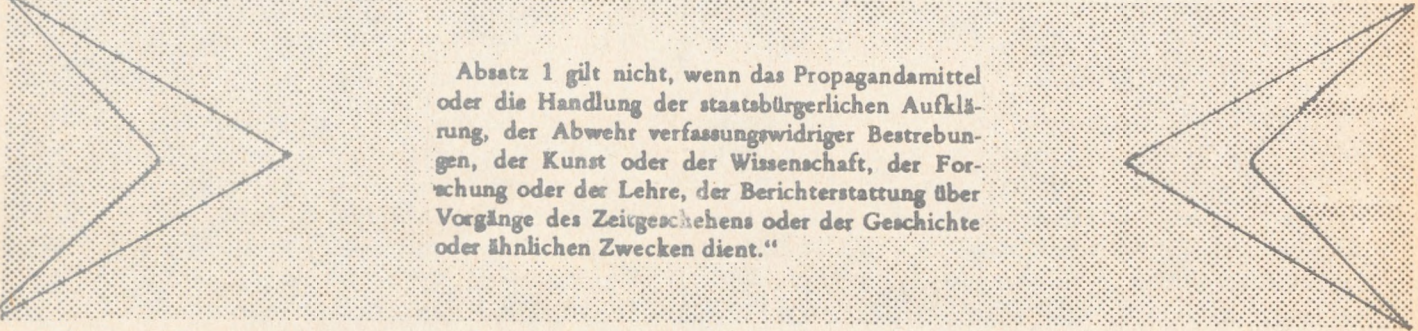
Ein Vorfall, der sich an einem der letzten Sonntage vor der Reichstagswahl vom 5. März 33 abspielte, hat in dem Teil der Kölner N S D A P, der nicht die ganzen Vorgänge kannte, den Eindruck einer feindseligen Behandlung der Partei entstehen lassen. In der Nacht vor diesem Sonntage waren auf den Pylonen der Hängebrücke heimlich Hakenkreuzfahnen aufgezogen worden. Die Brücke war städtisches Eigentum, ihre Beflaggung fand immer nur dann statt, wenn die Stadtverwaltung selbst flaggte. Ich habe infolgedessen der Kölner Parteileitung mitteilen lassen, ich könne verstehen, dass die Partei bei ihrer Kundgebung ihre Flagge zeigen wolle, es handle sich aber hier um ein städtisches Bauwerk, das in keinem örtlichen Zusammenhange mit dieser Kundgebung stehe; ich sei damit einverstanden, dass die Fahnen vor den Messehallen, in denen die Kundgebung stattfinden sollte, gehisst wurden, die Parteileitung möge jemand schicken, der angebe, wo dort die Flaggen gehisst werden sollten. Es sind dann in Gegenwart eines Vertreters der Parteileitung unter Aufsicht eines Beigeordneten durch städtische Beamte vor den Messehallen Fahnenmaste in den Boden gerammt, und an diesen die Fahnen gehisst worden. Beweis: Zeugnis des Beigeordneten i. R. Billstein in Köln.

Die in der Entlassung nach § 4 des B.B.G. liegende Kennzeichnung als national unzuverlässig ist für mich und meine Familie – ich habe sieben Kinder – in höchstem Masse schmerzlich und unverdient. Ich glaube sagen zu dürfen, dass ich mir unter den schwierigsten Verhältnissen erhebliche Verdienste um die Rettung der deutschen Rheinlande erworben habe. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg hat nach dem Abzug der englischen Besatzung diese meine Verdienste in sehr warmen Worten anerkannt und mir sein Bild geschenkt. Um so bitterer ist für mich die Entlassung auf Grund des § 4. Ich bitte daher dringend um eine Nachprüfung der Entscheidung. Wenn noch über irgend einen Punkt Unklarheiten oder Zweifel bestehen sollten, so bitte ich mir Gelegenheit zur Stellungnahme dazu geben zu wollen.

gez. Adenauer

MAULKORB BLEIBT MAULKORB

Nachdem zu dem lange geplanten 'Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens', besonders aber zu dem darin enthaltenen § 130a, eine wachsende außerparlamentarische Opposition – und schließlich auch eine kleine Parlamentsopposition (15 SPD-Abgeordnete und einige FDPler) – zustande gekommen war, wurde dem bisherigen "Maulkorbparagraphen" vom Justizministerium noch eine Ergänzung, der § 88a, angefügt. Inhaltlich ist danach nun nicht mehr die Befürwortung von Straftaten an sich, sondern ausdrücklich die "verfassungsfeindliche Befürwortung" mit Strafe bedroht. Angefügt wurde auch der § 86, Absatz 3:



Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient."

Dieser zusätzliche Paragraph soll bestimmen, wann der Maulkorb abgeschnallt werden darf. – Wann dagegen der Mund zu halten ist, und wer ihn z.B. zu halten hätte, ist während der kurzen Debatte zu diesem einschneidenden Gesetzeskomplex u.a. von dem CDU/CSU-Abgeordneten Spranger so ausgedrückt worden: "Es ist doch einfach unmöglich, die radikale Kritik eines Herrn Böll und anderer Gleichgesinnter in der BRD, wie es Herr Lattmann zum Ausdruck bringt, ethisch, substantiell und nach Begründetheit mit der Kritik Soltschenizyns und Sacharows am sowjetischen Terrorregime gleichzusetzen". Herr Spranger hat sich genau überlegt, wen er außerdem von dem Gesetz getroffen sehen möchte. Kunst, Wissenschaft und Lehre seien zwar nach dem Grundgesetz ungefährdet –, aber, so droht er: "dies (gilt) allerdings nicht für jenes Subversions-, Revolutions- und Terror-schrifttum, wie es beispielsweise im Wagenbach-Verlag produziert und in 'Roten Buchläden' verkauft wird".

Am 16. Januar wurden die ursprünglich von der bayerischen Staatsregierung initiierten und dann von der CDU/CSU vorangetriebenen sogenannten "Gewaltparagraphen" mit den Stimmen der FDP und denen der gesamten SPD-Fraktion ohne längere Debatte im Bundestag verabschiedet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Haltung des SPD-Abgeordneten Lattmann, der als Sprecher einer kleinen Gruppe von Gegnern seine und deren Stimmabgabe für das Gesetz mit Fraktionsdisziplin begründete. Treffend hatte gerade dieser vorher noch von der Gefahr eines "Klimas der Einschüchterung" und der "Selbstzensur" gesprochen. Lattmanns Selbstzensur und Umkippen wurde während der Bundestagsdebatte zynisch mit "Na also!" von der CDU/CSU gefeiert.

Daß sich der Druck auf Autoren, Verlage, Buchhändler, Redakteure, Filmemacher, Redner usw. künftig verstärken wird, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß bereits ohne dieses verabschiedete Gesetz Verlagsdurchsuchungen (Trikont Verlag, München, Nov. 1975) und Buchbeschlagnahmen durchgeführt wurden. Erste Stellungnahmen: "Fortsetzung der politischen Folgen des Radikalenerlasses" (Jungsozialisten). Das Hamburger 'Komitee gegen § 218': "Gerade im Kampf gegen § 218 hat sich gezeigt, wie unabdingbar die Beratung der Massen über die notwendigen Kampfschritte gegen den Staat ist, die jetzt durch die beiden Paragraphen (130a, 88a) unter Androhung langer Gefängnisstrafen verboten werden." Ein anderes Anti-218-Komitee: "Wir sehen in dem Paragraphen den Versuch des Staates, Kampfkationen des Volkes schon im Ansatz zu verhindern."

In das neue, von 402 Abgeordneten verabschiedete Gesetz fällt der § 126 über "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten". Auch dieser Paragraph soll der Einschüchterung dienen. Es soll dadurch verhindert werden, daß die Bürger ihre demokratischen Rechte praktisch wahrnehmen, die aktive Vertretung von Forderungen, Interessen und Rechten soll so schon im Keime erstickt werden. Und was "Friedensstörung" ist, wo die Grenze liegt, das entscheidet dann jeder kleine Amtsrichter oder der Einsatzleiter der Polizei oder der zivile Spitzel des "Verfassungsschutzes". Hier zwei Beispiele, wie sich der § 126 praktisch auswirken könnte:

Ein gekündigter Arbeiter, der in seiner Wut feststellt: "Den Unternehmern müßte man die Betriebe wegnehmen!" hat zwar vollkommen recht, seine nächste Arbeit aber wäre – Tütenkleben.

Der Betriebsrat des Zementwerkes Seibel und Söhne in Erwitte, nachdem er die Vernichtung der Arbeitsplätze mit legalen Mitteln nicht verhindern konnte, äußerte "volles Verständnis", wenn die Arbeiter das Werk besetzen würden. Nach dem neuen Gesetz kann er vom Platz weg verhaftet werden.

Der jetzt vorgenommene weitere Abbau demokratischer Rechte wird aber von der CDU/CSU weiterhin als nicht ausreichend betrachtet. Sie hatte weitgehende Einschränkungen im Versammlungs- und im Demonstrationsrecht verlangt und auch den Tatbestand der Befürwortung von Gewalt weiter gefaßt. Nicht auszudenken, was passieren würde, käme die CDU/CSU an die Regierung. Denn der CDU/CSU kann es gar nicht schnell genug gehen, möglichst viele unbequeme Kritiker mundtot zu machen; auch wenn Spranger heute sagt: "Allenfalls ein paar ungeschickte Kraweler" würden mit dem Gesetz erfaßt. Unter den betroffenen Berufsgruppen, bei jedem Demokraten ist ab sofort verstärkte Wachsamkeit geboten.

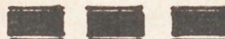
Jeder demokratisch denkende Bürger ist daher aufgerufen,

sich nicht einschüchtern zu lassen,
sondern seine Meinung zu äußern und
zu dem verabschiedeten Gesetz ablehnend Stellung zu nehmen,
der Anwendung des Gesetzes entgegenzutreten,
am Arbeitsplatz, in seiner Gewerkschaft oder politischen
Organisation, mit seiner Zeitung oder der IAM oder dem ASK
über dieses Gesetz zu sprechen.

DAS MAULKORBGESETZ IST ÜBERFLÜSSIG

IAM Initiative zur Abwehr des Maulkorbgesetzes in Zusammenarbeit mit dem Anti-Strauß-Komitee

Pressrechtlich verantwortlich: H. Jacobi, 8000 München 2, Martin Greif-Straße 3.
Eigendruck im Selbstverlag.



Ad acta gelegt ?

Gedanken zum 30. Januar 1933

Am 30. Januar jährte sich zum 42. Mal die Machtergreifung der Faschisten in Deutschland.

Die Entstehung der faschistischen Diktatur ist nicht eine Sache von heute auf morgen, sondern eine Entwicklung mit ganz klaren Vorbereitungsstapen. Wer Nutznießer dieser Entwicklung war, wurde nach dem Krieg eingehend untersucht, und man kam zu dem eindeutigen Ergebnis, daß die Schwerindustrie und die Bosse der Großbanken die Hauptkriegstreiber gewesen waren. Der Sonderausschuß des US-Senats (Kilgore-Komitee) legte eine Namensliste von 42 Personen vor, die offenlegte, daß jene Leute die Nazis von Anfang an begeistert förderten

1. jene Leute die Nazis von Anfang an begeistert gefördert hatten,
2. nur durch Unterstützung von Schwerindustrie und Hochfinanz die faschistische Machtergreifung möglich war,
3. die Umstellung auf Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung unmittelbar unter der Leitung der deutschen Industriellen erfolgt waren.

Eine Kostprobe aus dieser Namensauslese bringt Bekanntes: Friedrich Flick, Alfred Krupp, Hugo Henkel, Alfred Hugenberg, Günther Quandt, Fritz Thyssen usw.

Im Potsdamer Abkommen wurde aufgrund dieser Untersuchung die Vernichtung der Monopole und Bestrafung der Hochfinanz als Träger des faschistischen Terror-Regimes sowie ihre Ausschaltung aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands festgelegt. Auch alle politischen Parteien teilten damals diese Forderung. Und auch die deutsche Bevölkerung war sich bewußt, wo Faschismus und Krieg ihre Wurzeln hatten, als sie nach 1945 gegen die Wiederaufrüstung, das KPD-Verbot und die Notstandsgesetze demonstrierte.

Viele haben im Laufe der Jahre die Lehren aus dem 2. Weltkrieg und dem Faschismus vergessen, und allzu viele Jugendliche haben nie Genaues darüber erfahren. Was

könnten wir den Tausenden und Abertausenden von Opfern des Faschismus und des Krieges sagen, würden sie uns heute fragen: Was habt Ihr gelernt, was erreicht?

Wir haben aus der Geschichte erfahren, daß der Faschismus nichts anderes ist als die brutale terroristische Diktatur der Hochfinanz und der Rüstungsindustrie. Diese Leute greifen zum Faschismus, wenn sie sehen, daß es anders nicht mehr weitergeht. Das heißt, wenn die Lage der Werktätigen sich so verschlechtert, daß eine Massenbewegung droht. Eine solche Terrorherrschaft wird errichtet im Namen des Profits: eine Maschine, die Blut in Gold verwandelt.



Dreizehn Jahre später wollten sie es nicht mehr gewesen sein — die Herren von Stahl und Kohle, die sich am 27. Januar 1932 mit Hitler und Göring im Düsseldorfer Industrieklub trafen (Foto), um eine gemeinsame Front gegen die Demokratie zu bilden. Rechts: Der Industrielle Fritz Thyssen.

Wir wissen auch, daß diese Maschine nicht von heute auf morgen in Betrieb gesetzt werden kann. Man merkt schon, wenn diese Leute und ihre politischen Handlanger das Basteln beginnen. Wir müssen es merken, denn das ist der springende Punkt im Kampf gegen die Gefahr des Faschismus. Es muß möglichst jedem klar werden, was unter dem Abbau der demokratischen Rechte sich versteckt hält, was jedes verstärkte Vorgehen der Polizei heute für uns alle morgen

Überlegungen eines DID-Lesers

zum antifaschistischen Auftrag der Gewerkschaften

Den nachstehenden Beitrag bekam die Redaktion des DID von einem Leser zugeschickt. Wir sind der Meinung, daß in diesem Brief sehr wichtige Gedanken und Überlegungen enthalten sind, über die es sich lohnt ausführlicher zu diskutieren. Daher möchten wir diesen Leserbrief den DID-Lesern zur Diskussion vorlegen und hoffen, recht viele kontroverse, beifällige oder ergänzende Zuschriften zu bekommen, die wir gerne veröffentlichen wollen. Auch unsere Leser werden gewiß zu der Auffassung kommen, daß dieses Thema wichtig und diskussionswürdig ist, und daher an der Auseinandersetzung rege teilnehmen.

Wenn der Bundestag wie am 16. Januar dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, das diverse demokratische Grundrechte einschränkt, wenn CDU/CSU immer offener gegen aktive Demokraten hetzen, wenn Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei schon zum Alltag in der BRD gehören, dann stellt sich immer wieder die Frage, wo sind eigentlich die Kräfte, die dieser Entwicklung entgegenreten können, wo ist die Kraft, den weiteren Abbau der demokratischen Rechte zu verhindern.

Die 16 im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden zusammen die größte Organisation in unserem Land. Als einheitlicher Zusammenschluß aller Werktätigen und Lohnabhängigen haben sich über 7 Millionen Menschen im DGB organisiert. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaft ist die Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiter und Angestellten, ist der Kampf um bessere Tarife, um bessere Arbeitsbedingungen, um den Ausbau und die Verbesserung der sozialen Bedingungen ihrer Mitglieder und letztlich aller Arbeitnehmer. Dies ist aber nur die eine Seite der Zielsetzung der Gewerkschaften.

Seit es Gewerkschaften gibt, besteht ihre Aufgabe auch darin, die politischen Forderungen ihrer Mitglieder zu vertreten und durchzusetzen. Auf der Grundlage der größten und breitesten Einheit und Gemeinsamkeit haben sich in der Gewerkschaft die Arbeitnehmer zusammengetan in der Erkenntnis, daß sie ihre Interessen nur organisiert und solidarisch, nicht aber einzeln und individualistisch durchsetzen können. Das gilt sowohl für die wirtschaftlichen und sozialen als auch für die politischen Forderungen. Prinzipielle Basis ist der Gedanke der Einheitsfront. Unabhängig von Partei und Weltanschauung auf einer Grundlage, die alle verbindet. Unter Zurück-

stellung der verschiedensten Differenzen haben sich die Werktätigen eine gemeinsame Plattform geschaffen, die sozusagen den größtmöglichen gemeinsamen Nenner umfaßt. Dieser gemeinsame Nenner, diese Basis ist für die Gewerkschafter in der BRD das Grundsatzprogramm des DGB.

Es war gerade die Erfahrung mit dem Faschismus in Deutschland, die die Werktätigen mit dem Wunsch erfüllte, die vielseitigen Gräben, Gegensätze und Widersprüche in ihren eigenen Reihen zu überwinden. Die Arbeiter und Angestellten hatten erlebt, was es bedeutet, wenn sie sich nicht einig sind. Sie mußten erleben, wie es den großen Unternehmern in Deutschland gelang, das schlimmste und brutalste Terrorregime in der Geschichte des deutschen Volkes zu errichten, den Hitlerfaschismus. Die Demokraten zogen daraus die Lehre, daß der Faschismus nicht hätte zur Macht kommen können, wenn sie sich geeinigt hätten, wenn sie es rechtzeitig verstanden hätten, die Kraft ihrer Solidarität zu organisieren und einig und gemeinsam gegen den gemeinsamen Gegner zu richten. Sie gründeten daher den DGB als Einheitsgewerkschaft, in der jeder Werktätige seinen Platz finden konnte.

Der Wille zur Einheit, auch und gerade zur politischen Einheit gegen den gemeinsamen Feind, fand in allen Erklärungen und Dokumenten seit der Niederlage des Faschismus 1945 seinen Ausdruck. So war eine der wichtigsten Grundsatzforderungen die vollständige Entnazifizierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Gewerkschafter forderten die Ausschaltung der alten Nazibeamten, die Bestrafung und Enteignung der Wirtschaftsbesse, die maßgeblich an Hitlers Aufstieg mitschuldig waren. Sie forderten die Ausweitung

ihrer Rechte in Betrieb und Gesellschaft, sie kämpften um eine wirkliche Mitbestimmung und gegen das Adenauer-Betriebsverfassungsgesetz. Sie waren 1952 bereit zum Generalstreik gegen ein BVG, das sie an die Friedenspflicht und das Wohl des Unternehmens fesselte. Die Gewerkschaften kämpften um das Recht auf Arbeit und um das gesicherte Streikrecht.

Die Entwicklung bis heute hat leider gezeigt, daß viele gewerkschaftliche Ziele bislang unerreicht blieben. Dies liegt nicht nur daran, daß die politische Spaltung der Werktätigen trotz Einheitswillens und Einheitsgewerkschaft nicht überwunden ist, dies liegt natürlich auch daran, daß die politische Zerrissenheit sich auch in der Gewerkschaft selber auswirkt. Es gibt immer wieder starke Gegensätzlichkeiten innerhalb der Gewerkschaften auf den verschiedensten Ebenen. Diese Widersprüche haben nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute noch die Kampfkraft der Gewerkschaft erheblich geschwächt, und es ist eine alltägliche Erfahrung eines jeden Gewerkschafters, daß die Einheit gegen viele Widerstände immer wieder neu erkämpft werden muß.

Trotz aller Schwierigkeiten kommt aber der Wille zur Einheit, zur Verteidigung der politischen Grundrechte, zur Abwehr gegen reaktionäre und faschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft immer wieder zum Ausdruck. In vielen Resolutionen melden Gewerkschafter ihren Protest an, mit Aktionen und Demonstrationen, in Veranstaltungen, Flugblättern und Plakaten betreiben sie Information und Aufklärung. So sagte u.a. ein Redner auf dem 7. DGB-Kongress in Berlin 1966 in bezug auf neofaschistische Hakenkreuzschmierereien und Friedhofschändungen: "Dazu, Kolleginnen und Kollegen, können wir auch nicht schweigen. Ich meine, dazu müssen wir eindeutig Stellung beziehen und einig unser Haupt erheben. Es ist höchste Zeit, daß das Wort 'wehret den Anfängen' in die Tat umgesetzt wird." (Protokoll Seite 264). Auf dem gleichen DGB-Kongress wurden zahlreiche Anträge gegen die Notstandsgesetze gestellt. In einem Antrag des Landesbezirks Hessen heißt es da z.B.: "Die Absichten der Einpeitscher solcher Gesetzesvorhaben zielen eindeutig auf den Abbau der demokratischen Freiheiten hin. Es ist dabei ganz offensichtlich, daß es dabei nicht so sehr darum geht, dem sogenannten äußeren Notstand zu begegnen. Vor allem

soll der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben werden, bei Auseinandersetzungen zwischen den Faktoren Kapital und Arbeit die Kraft und den Einfluß der Gewerkschaften zu schwächen." (Protokoll/Anträge S. 14).

Damals wie heute hat der Wille der Gewerkschafter, den Auftrag für mehr Demokratie und gegen die Reaktion zu kämpfen, zu erfüllen, nicht nachgelassen. Auf diversen Gewerkschaftstagen wurden die Berufsverbote bekämpft und abgelehnt, etliche Versammlungen von Gewerkschaftern protestierten schon gegen die Maulkorbgesetze, immer wieder prangern Beschlüsse den Faschismus in Chile, in Spanien, den Imperialismus und Rassismus in der ganzen Welt an.

Diese Beispiele sollen aber nicht besagen, daß die Gewerkschaften ihren Auftrag immer und voll erfüllt hätten. Es gibt leider auch viele Anlässe, wo die Gewerkschaft hätte Stellung nehmen müssen, wo sie geschwiegen hat, anstatt den Widerstand zu organisieren. Für jeden Gewerkschafter muß darum auch die Devise gelten, wachsam zu bleiben, um den Anfängen zu wehren.

(Name und Adresse des Leserbriefschreibers sind der Red. bekannt.)

WAHLKAMPF- PROGNOSE :

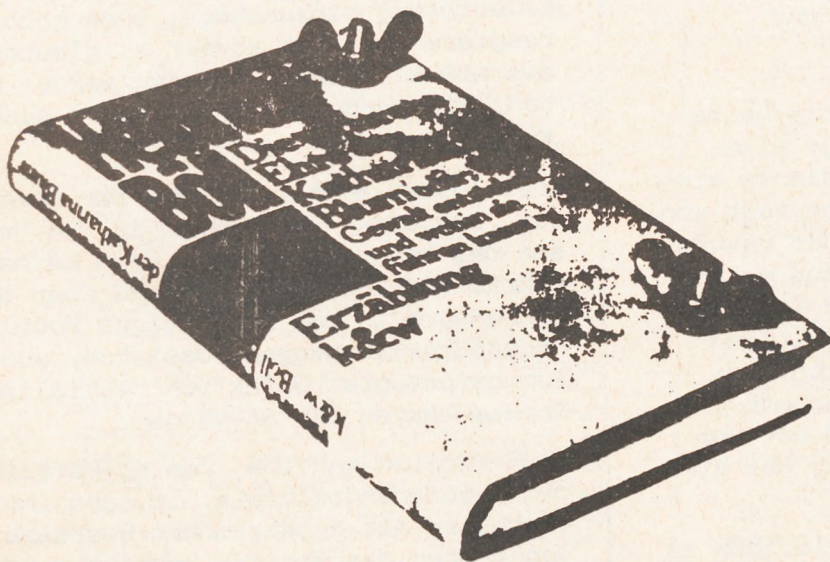
"Die Unternehmer sind doch gar nicht auf unserer Seite. Wir hatten neulich ein Gespräch mit dem Bayerischen Arbeitgeberverband zur Finanzierung der Bundestagswahlen. Die Entscheidung dieses Verbandes wird uns den Wahlsieg kosten! Bisher war es so, daß 70 % der Spenden die CSU erhielt und 30 % die FDP. Jetzt wird die CSU nur noch 50 % der Spenden erhalten und die FDP ebenfalls."

Dieser Ausspruch stammt von dem Exlandesvorsitzenden der Schülerunion Hermann Huber und wurde uns von einem Leser zugeschickt. - Die Red.

Mitbürger!

Lesen macht dumm und gewalttätig

Die Generalschrifttumskammer



EIN PLAKAT VON KLAUS STAECK
 MIT EINEM TEXT VON JAM UND ASK

Auch wenn im Bundestag die neuen Paragraphen 130a, 88a und 126 verabschiedet worden sind, sind wir der Meinung, daß das Plakat, auf das wir schon im letzten DID hingewiesen haben, immer noch hochaktuell ist. Im Kern hat sich an der Problematik nichts geändert. Aufklärung tut daher weiterhin not. Lesen Sie die Beilage "Maulkorb bleibt Maulkorb". Bestellen Sie das Plakat.

Der Einzelpreis beträgt DM 1,-, ab 10 Stück gibt es 20%, ab 20 Stück 30% Rabatt. Buchhandlungen bekommen 30% und politische Gruppen 40%. Zum Kleben können auch einseitig bedruckte Plakate (Vorder- und Rückseite getrennt) bestellt werden. Der Stückpreis beträgt dann DM -,50 abzüglich der entsprechenden Rabatte. Mindestbestellmenge ist dabei 20 Stück.

Bestelladresse:
Heinz Jacobi,
Martin Greifstraße 3,
8000 München 2.

IAM und ASK München

Bestellzettel:

Name Vorname

PLZ Ort Straße

Organisation

Buchhandlung

Bitte schicken Sie mir zu den genannten Bedingungen per Nachnahme an obige Adresse:

Anzahl Rabatt zweiseitig bedruckte Plakate ☐
 einseitig (Rückseite) ☐
 einseitig (Vorderseite) ☐

Datum und
Unterschrift

CARL von OSSIETZKY

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rapider Geschwindigkeit nach rechts zu rücken pflegen.

Aus diesem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute drischt man noch Kommunisten. Morgen werden ganz andere an der Reihe sein ...

Das Kommunistengesetz geht nicht nur Kommunisten an.

C. v. Ossietzky in der
Weltbühne 21/1929

Carl von Ossietzky gehört in die Reihe jener, die sich entschieden für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzten. Sein Gesamtwerk ist geprägt von dem historischen Bewußtsein, den revolutionären Prozeß – in Deutschland mehrfach begonnen, aber niemals zu Ende gekommen – doch noch seiner endgültigen Lösung entgegenzuführen. Deutschland sollte frei sein von der Herrschaft privilegierter Klassen und Kasten und vor allem vom überlieferten Vorrang des Militärs.

Carl von Ossietzky wurde am 3.10.1889 in Hamburg geboren. Nach längerer Beschäftigung im Justizdienst siedelte er 1919 nach Berlin über und wurde dort Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft.

Das publizistische Forum, das Ossietzky zum erstenmal Gelegenheit bot, sein Talent zu entfalten, war das "freie Volk". Hier feuerte er seine ersten Geschosse gegen Reaktion und Militarismus ab. In seinem Artikel "das Erfurter Urteil" zeigte sich bereits seine politische Grundhaltung, die nicht nur die Erscheinungsformen des deutschen Militarismus bekämpfte, sondern auch seine gesellschaftlichen Wurzeln. Nach kurzem Zwischenspiel als Redakteur bei der "Berliner Volkszeitung" wurde Ossietzky dann Redakteur in Siegfried Jacobsohns "Weltbühne" und nach dessen Tod deren Herausgeber. 1927 begann er in der "Weltbühne" seinen Kampf gegen die Machenschaften der deutschen Reichswehr. Diese setzte dann die Justizmaschinerie gegen Ossietzky in Bewegung. Ein 1929 erschienener Artikel brachte ihm den Vorwurf des "Landesverrats" ein. Die Reichswehr setz-

te es durch, daß Ossietzky 18 Monate Gefängnis absitzen mußte.

Am 7.2.1933 schrieb Ossietzky in "Kavaliere und Rundköpfe": "Die Gegenrevolution hat kampflos die Höhen besetzt. Sie beherrscht das Tal und wir leben im Tal. Minister a.D. laufen mit verdattertem Gesicht herum. Hohe Funktionäre schwärmen plötzlich für die rote Einheitsfront, die sie sonst nur mit Maßregelungen prämiert haben. Es ist schwer, ihre späte Erleuchtung hinzunehmen, ohne grob zu reagieren. Es ist schwer zu glauben, daß sie einmal bessere Kämpfer werden könnten. Wir werden wohl mit neuen Menschen wieder beginnen müssen."

Drei Wochen später brannte der Reichstag. Ossietzky verschwand in den Verliesen des braunen Regimes. Sein Leidensweg führte vom Zuchthaus Spandau über das KZ Sonnenburg in das berühmte Moortlager Papenburg-Esterwegen. Ossietzky wurde zum bevorzugten Opfer von bestialischen Grausamkeiten der SA-Männer.

1936 verlieh man ihm, dem KZ-Häftling, den Friedensnobelpreis. Er nahm ihn an, obwohl er mit zusätzlichen Repressalien von seiten des Regimes bedroht wurde. Am 4. Mai 1938 erlag Carl von Ossietzky im Westendkrankenhaus in Berlin seinen in den KZ erlittenen Verletzungen.

Ohne Zweifel gehört Ossietzky zu den bekanntesten und bedeutendsten Publizisten seiner Zeit. Daß er wegen seiner politischen Haltung ein Opfer des Nationalsozialismus wurde, zeigt, wie eine faschistische Diktatur mit dem freien Wort und freiheitlicher Gesinnung umgeht. Eine solche Persönlichkeit und ihr Werk aber werden in einem demokratischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland so gut wie totgeschwiegen und dürfen nicht als Vorbild gelten, ja nicht einmal den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität will man der Universität in Oldenburg zugestehen: Welch ein Demokratie-Verständnis!

Hinweis für Interessierte:

Ossietzky, C., Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913-1933. Frankfurt/M.: Fischer 1970. F1-Tb 1315

Ossietzky aktuell. Frankfurt/M.: Röderberg 1975. 3.—.

Am vergangenen 27. Juni umzingelten dreihundert bewaffnete Polizisten das Hauptgebäude der Universität Oldenburg — ein Überraschungsschlag in der besten Tradition deutscher Unterdrückung —, zerstreuten die in den anliegenden Straßen in Gruppen beisammen stehenden Studenten und entfernten die Inschrift „Carl von Ossietzky-Universität“ vom Turm der Bibliothek.“ Befohlen sei diese Operation „vom sozialdemokratischen Kultusminister von Niedersachsen Joist Grolle (sic!), der, wie man damals sagte, dem Druck der örtlichen Konservativen, der CDU und der geheimen Nazis hatte nachgeben müssen. Wieder einmal — wie bei Noske — beugte sich die Sozialdemokratie vor der eigentlichen Macht“.

So lautet, ein wenig verkürzt, der Beginn eines langen Berichts im angesehensten italienischen Blatt, dem Mailänder „Corriere della Sera“ vom 3. Januar, den sein Korrespondent Vittorio Brunelli aus Bonn geschickt hatte. Sein Übertitel lautet: „Zwischen Listen und Heucheleien findet eine schleichende Repression statt“; sein Titel: „Die gedemütigte Kultur in Deutschland.“

Gut ein Drittel des Berichts ist dem Scheitern der Benennung der Düsseldorfer Universität nach Heinrich Heine gewidmet. Von Heine wird mitgeteilt, daß seine Bücher „1933 verbrannt wurden“, daß im Dritten Reich eine „Ode“ von ihm (gemeint ist die „Lorelei“) ohne Autorennamen gedruckt wurde; Heine sei „ein Verwandter von Karl Marx“ gewesen. Der „größte lebende Germanist, Benno von Wiese“ habe sich endlich dazu durchgerungen, Heine zu mögen, und werde in diesem Sinn im Februar ein Buch über ihn veröffentlichen, den „Verfasser der berückendsten deutschen Lieder“. Doch, so Brunelli: „Wir fürchten, daß auch diese Mühe nichts fruchten wird.“

Während im heutigen Deutschland die großen Gestalten der Kultur und Vorkämpfer des freiheitlichen Geistes möglichst ungenannt blieben — „keine öffentliche Institution von Belang ist mit Namen wie Karl Marx, Bertolt Brecht, Georg

Büchner verbunden“ —, wimmle es von Kasernen, die die Namen des Feldmarschalls von Hindenburg und des Generals von Lettow-Vorbeck tragen, „der am Kapp-Putsch teilgenommen hat“. So sei es leider „nicht statthaft, sich Illusionen hinzugeben“: Mit Peter Weiss, Martin Walser, Heinrich Böll, Max Frisch, „vielleicht auch Grass“, kämpfe die deutsche Kultur einen ungleichen Kampf „gegen die ewige deutsche Macht, die heute mit der Rechten der Sozialdemokratie und einer Schicht von Professoren verbündet ist“. Siegen könnten nur die Industrieführer und die konformistischen Beamten, verlieren könnten nur, dies der Schluß des Berichts, die Schriftsteller — „in einem Land, in dem außerhalb der Jugend eine Linksoption nicht existiert“.

Dieser Bericht aus Bonn ist sehr pointiert, man mag auch sagen: tendenziös oder einseitig; in etlichen Einzelheiten ist er korrekturbedürftig. Doch Darstellungen einer „häßlichen Bundesrepublik“ sind in den Nachbarländern häufig geworden, und zwar nicht etwa nur in der linken, sondern auch in der liberalen Presse. „Le Monde“ hat mehrfach vom neuen deutschen McCarthyismus berichtet, die angesehene Zeitschrift „Esprit“ den Baader-Meinhof-Prozeß als Teil einer „Hexenjagd“ interpretiert. Wären solche Stimmen des Auslands häufiger beachtet worden — und sei es, um sich mit ihnen korrigierend auseinanderzusetzen —, so hätte die Rede Alfred Grossers in der Paulskirche im vorigen Herbst weniger überrascht.

Es gibt ein besorgtes internationales Gespräch über die Bundesrepublik und ihr kulturelles Klima, an dem ihre eigene Presse so gut wie gar nicht teilnimmt. Mehr noch: Es wird bei uns gar nicht zur Kenntnis genommen. Brunellis Bericht hat in Italien Aufsehen erregt, auch Widerspruch ausgelöst. Mit einem überlegenen „gar nicht ignorieren“ ist es jedenfalls nicht getan.

François Bondy



„ICH WOLLTE DEN FRIEDEN.“ Das war das letzte Wort, das Carl von Ossietzky dem Schweizer Professor C. J. Burckhardt zu sagen vermochte, als dieser ihn im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes 1935 in Gegenwart des Lagerkommandanten Loritz im KZ besuchte und sprechen durfte. Ossietzky starb 1938 an den Folgen der im KZ Papenburg-Esterwegen erlittenen Mißhandlungen. Sein Vermächtnis lebt in der Friedensbewegung ...

"BUND VOLKSTREUER JUGEND" muss verboten werden

In Kampfanzügen, mit Totenkopfmützen, übten sie im Wald den Kampf. Gegen wen? Einer dieser Leute schreibt: "Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror. Niemals werden wir uns damit abfinden!"

Führer dieser volkstreuken Minitruppe ist Hans Herbert Hain, Angestellter der Marineunteroffiziersschule Plön, NPD-Kreisvorsitzender von Ostholstein, Landesführer im BVJ, Mitglied der Wiking Jugend, und der "Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß". Dieser Herr trat mehrfach bewaffnet in der Öffentlichkeit auf zusammen mit anderen holsteinischen Rechtsradikalen. Sie führten trotz behördlichen Verbots eine Veranstaltung in Flensburg durch, vereinigen sich in der ominösen "Deutschen Bürgerinitiative Deutsches Reich", und mit von der Partei sind Rechte wie Thies Christophersen und Uwe Rohwer. Die Verbindungen des BVJ reichen bis nach Österreich und den USA. Leute wie Christophersen haben Beziehungen zur NSDAP/AO (= Aufbauorganisation), und direkte Zusammenhänge bestehen mit den faschistischen Bombenwerfern in Südtirol über die "Volksbewegung für Südtirol".

Wegen dieser Verbindungen wurde der BVJ in Österreich bereits verboten. Ein schlimmes Zeichen für den Zustand unserer Demokratie, daß solche Leute immer noch bzw. schon wieder ihr Unwesen treiben können.



Bayern für Identitätsprüfung bei Hotelübernachtungen

Die bayerische Regierung hat beschlossen, im Bundesrat bei den Beratungen über ein Bundesmeldegesetz für die Einführung einer Identitätsprüfung bei Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben einzutreten. Zur Begründung wurde erklärt, Mitglieder terroristischer Gruppen und andere Straftäter, die gefälschte Ausweise oder Pässe verwendeten, könnten bei einer Identitätsprüfung mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung des Interpol-Fahndungssystems „leicht auffindig gemacht und verfolgt werden“. Das von den Innenministern der CDU/CSU-regierten Länder Anfang Juli 1975 beschlossene Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus und seiner Grundlagen sehe die Einführung einer einheitlichen Identitätsprüfungspflicht im Bundesgebiet vor, erklärte die Regierung.

Kommunistische Großmutter

SZ 21.1.76

Der 28 Jahre alte André Schulz hat seine Lehrprüfung mit „gut“ bestanden. Die Bremer Schulbehörde hat jedoch Bedenken an der Verfassungstreue des Sozialdemokraten, der seinen Ortsverein als Delegierter im Unterbezirk vertritt. Konkrete Vorwürfe wurden bisher nicht erhoben. Schulz war während seiner Studienzeit Mitglied der SPD, seine Großmutter ist Kommunistin und war in einem Nazi-KZ eingekerkert. In einer gemeinsamen Erklärung äußerten der SPD-Ortsverein sowie der Jusos-Landesvorstand ihre Bestürzung und fordern, daß „der Sozialdemokrat André Schulz unverzüglich als Beamter auf Probe in den Staatsdienst übernommen wird“.

DVZ 1.1.76

Autoren zum neuen „Gewaltparagraphen“:

Ein Radikalenerlaß

Kritisch über den neuen „Gewaltparagraphen“, der die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt, haben sich mehrere Schriftsteller im Kulturmagazin der Europawelle Saar geäußert. Während der Dramatiker Martin Walser nach Angaben der Sendeanstalt vom Mittwoch „fatalistisch abwartet“, geht der Autor Peter O. Chotjewitz „auf die Barrikaden“.

Die meisten schreibenden Kollegen, so meinte er, hätten noch nicht kapiert, daß es jetzt einen

„Radikalenerlaß für Autoren“ gebe. Kritisch sehen die neue Strafbestimmung auch Siegfried Lenz und Ingeborg Drewitz, Kandidatin für den Vorsitz im Verband Deutscher Schriftsteller. Sie sagte: „Ich schreibe sowieso schon seit einiger Zeit mit dem Grundgesetz unterm Arm. Was jetzt vorliegt, das ist ein Gummiparagraph.“ Gelassen hingegen wertete Thilo Koch, Generalsekretär des PEN-Clubs der Bundesrepublik, das neue Gesetz. Daß damit kritischen Autoren ein Knüttel zwischen die Beine geworfen werde, hält Koch für unwahrscheinlich, „weil das Gesetz ausdrücklich bestimmt, daß extrem kritische Äußerungen möglich sind“.

AZ

Rekordauflage

AZ 22.1.76

Rechtsextremistische Publikationen haben gegenwärtig in der Bundesrepublik eine Rekordauflage zu verzeichnen. Nach Informationen aus dem Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz wurden insgesamt 102 rechtsextremistische Publikationen mit einer durchschnittlichen Wochenauflage von 244 000 Exemplaren registriert. Damit konnten rechtsextremistische Organisationen sowohl in der Zahl ihrer Publikationen als auch in der Auflagenhöhe einen Höchststand seit 1945 erreichen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 24 Publikationen und nahezu 50 000 Exemplare wöchentlich.

Woche 2.1.76

Dagegen wehren

(Zum Fall Charlotte Nieß: Bayerns Justizminister lehnt es ab, das Mitglied von SPD und ÖTV in den Richterdienst zu übernehmen; ötv-magazin 1/1976)

Wir meinen, wenn der Radikalenerlaß weiter so gehandhabt wird wie bisher und wenn wir uns dagegen nicht wehren, dann kann bald kein aktiver Gewerkschafter mehr sicher sein vor Schnüffelei und Berufsverbot. Wenn wir uns jetzt nicht wehren gegen diese undemokratische Praxis, dann haben wir bald nur noch die Wahl zwischen Anpassung und Duckmäusertum auf der einen und Verfolgung auf der anderen Seite. Münchner Arbeitskreis der Rechtsreferendare in der ÖTV

CDU/CSU-Fraktion droht der Naturfreundejugend

Bundesregierung soll Zuweisung von Bundesmitteln einstellen

Bonn. UZ — Mit dem Ziel, die weitere Förderung der Naturfreundejugend aus Bundesmitteln zu verhindern und den Abbau demokratischer Rechte voranzutreiben, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine „kleine Anfrage“ an die Bundesregierung gerichtet. Darin wird die Naturfreundejugend sogenannter „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ bezichtigt.

Die CDU/CSU-Fraktion wettet in der Anfrage vor allem gegen Bündnisse der Naturfreundejugend mit sozialistischen Organisationen wie der SDAJ, den Jungen Pionieren sowie gegen die internationalen Kontakte mit der FDJ in der DDR.

CDU-Bundestagsabgeordneter Friedrich Vogel drohte: „Schon beim Sozialistischen Hochschulbund (SHB) und bei dem Fachhochschul-Studentenverband SVI bedurfte es

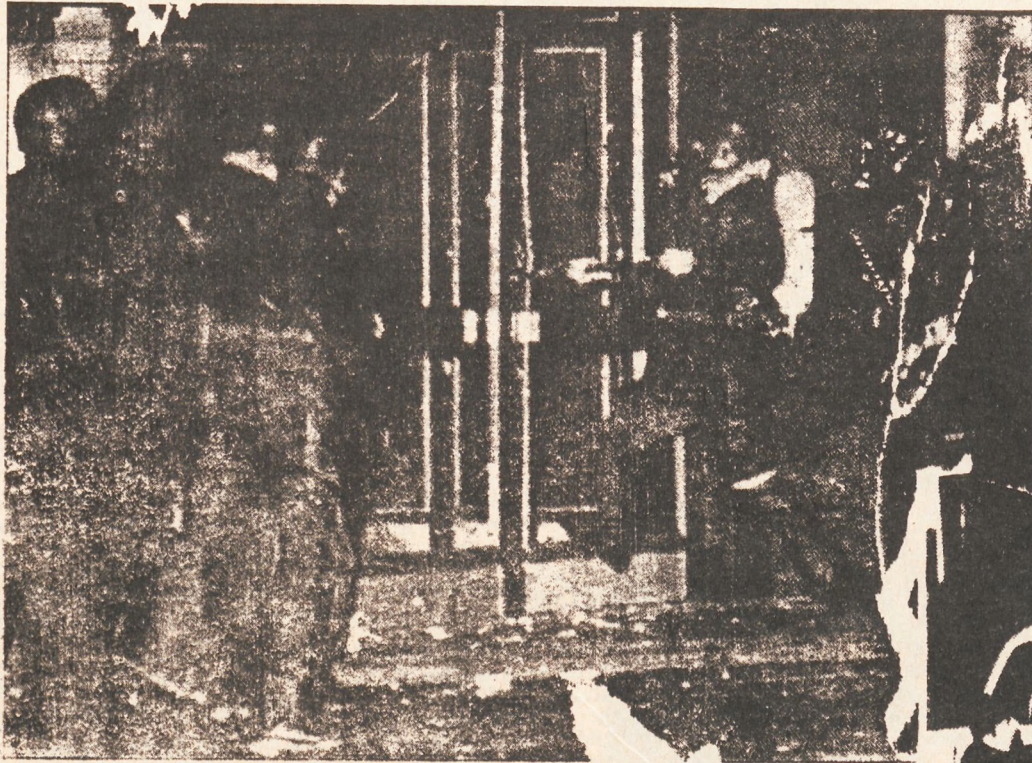
nachdrücklicher Interventionen der CDU/CSU, um die Einstellung der Förderung aus Bundesmitteln zu erreichen.“

Robert Huber, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, sieht in der Anfrage „einen weiteren Versuch reaktionärer Kreise, gegen fortschrittliche Ideen und Organisationen der Arbeiterbewegung vorzugehen“. Außerdem sieht er in dem Vorgehen der CDU/CSU „einen weiteren Beweis dafür, daß reaktionäre Kräfte

nur dann etwas von Demokratie halten, wenn es gilt, die konservativen Kräfte zu fördern“.

Rolf Priemer, Mitglied des Präsidiums der DKP, wertete die Verleumdung der Naturfreundejugend als „ein weiteres und typisches Beispiel für die zutiefst jugendfeindliche Politik der Kohl-Strauß-Partei“. „Mit Verleumdungen und Repressalien gegen fortschrittliche Jugend- und Studentenverbände, gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere demokratische Kräfte betreiben sie den Abbau demokratischer Rechte. Diese Politik muß die entschiedene Abfuhr aller Demokraten finden.“

UZ v. 8.1.76



Selbst
hinter Fahr-
zeugen geht
das MEK
schwerbe-
waffnet in
Anschlag!



MENSCHENLEBEN :

nur einen schuß pulver wert

Am 3.1.1976 war nachts um 4 Uhr der 19-jährige Stephan Breyer in die Hamburger Sparkasse am Steindamm eingebrochen. Das Mobile Einsatz-Kommando (MEK) umstellte die Bank und riegelte die Gegend ab. Das MEK schoß von mehreren Seiten in die Bank und tötete den Einbrecher mit einem Schuß quer durch den Hals. Zwei Stunden nach dem tödlichen Schuß wurde Tränengas eingesetzt und der Tote abtransportiert.

Dazu die Welt am Sonntag vom 3.1.76 in Bildunterschriften:

1. "Hamburg um 4 Uhr: Die Sparkassenfiliale ist umstellt ..."
2. "... MEK-Polizisten treten die Tür ein, gedeckt von Kollegen."
3. "AUS. Der tote Bankräuber wird abtransportiert."

So einfach ist das!

Es stellt sich die Frage: Was ist aus der Polizei geworden, die mit solchen Sonderkommandos den Schutz des Eigentums anscheinend von vorneherein vor den Schutz des Lebens stellt? War es nicht möglich, den Einbrecher unter Einsatz von Tränengas dingfest zu machen, um ihn vor ein Gericht zu stellen? Stellte doch sogar der MEK-Einsatzleiter Werner Marthiens fest, daß der Einbrecher offensichtlich "kein Profi" war (laut Bild am Sonntag, 4.1.76). Freilich, wenn man bedenkt, daß ein solches Vorgehen - der gezielte Todeskuss - mit dem in Vorbereitung stehenden neuen Schießrecht für die Polizei legalisiert werden soll (siehe unser Bericht in der Januar-Ausgabe des DID), so könnte man zu der allerdings makabren Feststellung kommen: die Polizei ist in der Praxis auf dem besten Wege, sich auf das neue Gesetz "einzuschießen".

zum Thema:

Radikale im öffentlichen Dienst

Die Berufsverbots-Praxis hat hier eine lange Tradition. Ausgehend von den Karlsbader Beschlüssen von 1819 gegen revolutionäre Umtriebe, demagogische Verbindungen und geistige Vorbereitung des Umsturzes über die preußische Notverordnung von 1849 gegen unzuverlässige Elemente über die Sozialistengesetze von 1878 gegen sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Umtriebe bis zu den Berufsverboten von 1933 und 1972 gegen Lehrer, Ärzte, Ingenieure usw., die keine Gewähr dafür bieten, jederzeit voll einzutreten für den nationalen Staat bzw. die freiheitlich-demokratische Grundordnung!

Praxis 1976:

Belehrung eines Lehramtskandidaten
im Rahmen eines Anhörungsverfahrens
durch einen Herrn aus Bonn -
ohne falschen Bart -
in Anwesenheit eines Regierungsdirektors, - SPD -

Solo des Herrn aus Bonn:

Bitte, um es gleich zu sagen,
Ihr sind hier für Offenheit.
Wer zuviel hineingeheimnist -
so Gesinnungsschnüffelei usw. ...
trifft die Sache nicht!

Sie z.B. wollen Lehrer werden,
wollen also was von uns;
also werden wir Sie prüfen,
ist doch logisch.
Staatsumkrempler, Radikale, Revolutionäre
mit Gehältern nach A13 und Pensionsansprüchen
machen wir natürlich nicht, haha!

Also hier ist Ihre Akte. -
Rein beruflich alles bestens,
Erste Lehramtsprüfung: "sehr gut";
sind kontaktstark und belastbar,
halten sich zurück in Ihrem Urteil und
Sie sind kollegial. Na bitte!
Aber das genügt uns nicht, denn hier
kommt es darauf an:

Bieten Sie Gewähr voll einzutreten
jederzeit
für diese freiheitliche
usw. ..., na Sie wissen schon!

Na und hier in Ihrer Akte,
- das gibt's jetzt in jeder Akte -
die Bewertungskarte PPD!
Das ist die politische Personaldatei!
Haben wir uns ausgedacht!
Echter Fortschritt!
Punktbewertung! Lochkartensystem! Und
praktisch
so wie die Verkehrssünderkartei.
Das objektiviert die Sache ganz enorm und
damit ist der Gleichheitsgrundsatz bestens garantiert und
ist alles demokratisch.

Und so funktioniert die Sache:
Jeder Minuspunkt ein Loch, und
ist die Mindestpunktezah! von 45 dann erreicht, dann:
Jupprika und Rattata,
der Datenspeicher wirft die Karte aus, und
wir wissen: wieder mal ein Radikaler!

Er bietet nicht Gewähr voll einzutreten
jederzeit
für diese freiheitliche
usw. ..., na Sie wissen schon!

Aber gibt ja nicht nur Löcher -
Pluspunkte! die gibt es auch;
Also, Beispiel: angenommen,
jemand macht bei einer AP-Demo mit,
- das ist eine Rote-Punkt-Demonstration -
so gegen hohen Fahrpreis usw.,
Na Sie wissen schon ...
Das macht 13 Minuspunkte;
trotzdem wählt er CDU.
(Ist natürlich an den Haaren beigezogen.
Aber - möglich ist natürlich heute alles!)

Was?
Woher man wissen will was einer wählt? Haha!
Jetzt machen Sie uns aber wirklich Witzchen!
Also nochmal: Jemand macht bei einer AP-Demo mit,
das macht 13 Minuspunkte;
trotzdem wählt er CDU, und
das macht 13 Plus und
Jupprika,
schon ist er praktisch wieder ein
ganz unbeschriebenes Blatt, das heißt:

Er bietet die Gewähr sich jederzeit
voll einzusetzen
für die freiheitliche
usw. ..., na Sie wissen schon!

So, und jetzt zu Ihnen ganz konkret:
Und was sehen wir da zunächst mal?
Diese zwanzig Löfflein! Das sind
fünf mal Ihre Unterschriften gegen Rüstung und
das neue Chile und
Berufsverbote,
für das neue Portugal und
für den 1. Mai mit
Kommunisten;
dazu kommen 13 Minuspunkte für
Versamlungsstörung, Zwischenrufe usw.,
Na, Sie wissen schon.
Ganz egal, ob NPD, ob CDU,
darauf kommt es hier nicht an!
So, und nochmal sieben Minuspunkte
für 'ne Demo Umweltschutz.
Wie bitte? Unpolitisch? Hahaha!
Dabei sind doch immer Kommunisten!
So, das macht schon vierzig Minuspunkte.
Dazu kommen Fünfe,
weil Sie in einer Wohngemeinschaft leben.
Nix da, nix da, "Das ist billiger als Einzelzimmer"!

So schlau sind wir auch:
Unter einer Decke stecken!
Zellen bilden!
Darauf läuft das doch hinaus!
Also macht summa summarum
fünfundvierzig Minuspunkte; und das heißt:
Sie sind ein Radikaler,

Bieten nicht Gewähr voll einzutreten
jederzeit
für diese freiheitliche
usw. ..., na Sie wissen schon!

Na, nun lassen Sie den Kopf nicht hängen,
ist ja noch nicht alles aus!
Hier ist nämlich unser Vorschlag -
Oder warum, meinen Sie,
erklär' ich Ihnen alles so genau?
Vorschlag also:
Sie hängen noch ein Jährchen oder halbes Jährchen dran,
sammeln ein paar Pluspunkte, paar schöne,
daß Sie wieder runterkommen
so auf zehn bis zwanzig Punkte
(das genügt uns schon!).
Na, was Sie machen sollen?
Hören sich ein bißchen um
bei Kollegen usw. ...
was man redet usw. ...
Na, Sie wissen schon ...
Halt!
laufen Sie nicht weg,
laufen Sie nicht raus!

Läuft der weg!
Ich sag ja: "Radikaler"!

Bietet nicht Gewähr voll einzutreten
jederzeit
für diese freiheitliche
usw. ... na, Sie wissen schon!

Bietet nicht Gewähr voll einzutreten
jederzeit
für diese ...
na, Sie wissen schon!

Bietet nicht Gewähr ...
...
Na, Sie wissen schon!

Übrigens: Diesen Text haben wir dem Lied "Belehrung nach Punkten" von
F.J. Degenhard entnommen. Wer's mit Musik hören will:

F.J. Degenhard "Mit aufrechtem Gang", Polydor: STEREO 2371 599;
auch als MusiCassette 3150 599.

Messerstiche! Attentat auf Kohl

Mittwoch, 21. Jan. 1976 - 25 Pf

Nr. 1746 • Druck in Kempten • C 6022 A



Mit dieser Schlagzeile
versucht die BILD-Zei-
tung, das Gespenst von
den linken Radikalen
an den Universitäten
an die Wand zu malen
und der Bevölkerung
Angst einzujagen.

Die CDU/CSU-Studentenorganisation ACDS
veröffentlichte zu dem "Attentat" ein
Flugblatt mit folgendem Text:

ORGANISIERTER TERROR AN DEN UNIVERSITÄTEN

MISSGLÜCKTES ATTENTAT AUF CDU-VORSITZENDEN DR. HELMUT KOHL

In den vergangenen Wochen haben die linken Kräfte an den Hochschulen einen schlagenden Beweis für ihr mangelndes Demokratie- und Toleranzverständnis erbracht. Was man Ende letzten Jahres bei einer Veranstaltung mit Professor Dr. Kurt Biedenkopf in München noch als einmaligen Vorgang bezeichnete, hat sich am Montagabend in erschreckender Weise als organisierter Terror erwiesen: "Freiheitliche Politik" war das Thema von Biedenkopf bei seinem Vortrag an der Ludwig-Maximilian-Universität in München - "Rede-freiheit an den deutschen Hochschulen" das von Dr. Helmut Kohl an der Universität Freiburg. Was sich in München noch in massiven Störungen von Linksextremisten während des Vortrages äußerte, artete in Freiburg in ein versuchtes Attentat auf den Kanzler-kandidaten der Union aus.

Hieraus muß man zwangsläufig ableiten, daß sich die Hochschulen wieder in einem zu-nehmenden Prozeß der Radikalisierung von links befinden. (Es ist kein ähnlicher Vor-fall bekannt, bei dem ein Vertreter der politischen Linken dermaßen gestört oder sogar bedroht worden wäre.)

Laut associated press (ap) entging Dr. Helmut Kohl bei tumultartigen Auseinandersetzungen zwischen starken Polizeikräften und linksgerichteten Studenten am Montagabend in der Universität Freiburg nur knapp einem Messer-Attentat. Als die Polizei dem Unionspolitiker und seiner Begleitung den Weg durch protestierende Studenten bahnte, stach ein unbekannter Täter zu und verletzte den in unmittelbarer Nähe Kohls gehenden Leibwächter des CDU-Vorsitzenden. Kohl wollte auf einer Veranstaltung des Rings

Christlich-Demokratischer Studenten im Auditorium Maximum der Universität zum Thema Redefreiheit an den deutschen Hochschulen sprechen. Nach dem Bericht des Freiburger Polizeidirektors Meier hatte die Polizei dem Politiker seinen Weg in das Audi'Max durch etwa 3000 linksgerichtete Studenten bahnen müssen, wobei es auch zum Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken gekommen ist. Der Anschlag ist in diesem unübersichtlichen Gewühl erfolgt. Auch zwei Beamte der Freiburger Polizei wurden verletzt.

Zwar ist es den linken Randalierern nicht gelungen, den CDU-Vorsitzenden mundtot zu machen. Es ist aber beschämend und alarmierend, wenn es für demokratische Politiker unmöglich wird, an einer Universität aufzutreten. Die linksorientierten Kräfte haben auf eindrucksvolle Weise gezeigt, was sie nicht sind, nämlich in der Lage, den politischen Gegner reden zu lassen und sich mit ihm auseinanderzusetzen.

Allen, die diesen Politrockern differenziertes Denken und den undogmatischen Marxismus zugetraut hatten, mußten sich eines anderen belehren lassen.

Der Meinungsterror und die Störung der beiden RCDS-Veranstaltungen haben drei Ergebnisse:

1. Daß das Gespräch zwischen Politikern und Studenten auf die nächste Zeit blockiert sein wird. Prof. Biedenkopf: "Unter solchen Bedingungen wird so bald kein Parlamentarier mehr an einer Universität sprechen."
2. Die Veranstaltungen haben der Öffentlichkeit gezeigt, wie wenig offenbar gewisse Studentengruppen in der Lage sind, Meinungsfreiheit und ein Mindestmaß an Demokratie an der Universität zu praktizieren.
3. Es ist den linken Gruppen in keiner Weise um Pluralität der Meinungen und wissenschaftliche Diskussion an der Universität zu tun, sondern nur und allein um die Durchsetzung ihres dogmatischen Standpunktes.

Beiden Unionspolitikern ging es nicht darum, dogmatisch ihren Standpunkt zu vertreten, sondern das Gespräch mit den Studenten zu suchen. Eben diese Diskussion ist es, die diese linken Dogmatiker zu fürchten haben.

Der RCDS fordert alle demokratischen Gruppierungen an unserer Hochschule auf, sich von diesen Vorgängen zu distanzieren. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten ist im Gegensatz zur Linken bereit, dem politischen Gegner Rederecht zu gewähren und ihn anzuhören.

Wir haben es nicht nötig, unsere politischen Gegner niederschreiben zu müssen.

WEIL WIR DIE BESSEREN ARGUMENTE HABEN!

RCDS - ENTSCIEDEN DEMOKRATISCH

Einen Tag später lauteten die Meldungen in der Tagespresse so:

Kein Attentat auf Kohl

Freiburg (ap). Der zunächst vermutete Attentatsversuch auf den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl in der Universität Freiburg, bei dem dessen Leibwächter Stichverletzungen erlitten hatte, ist aufgeklärt. Wie ein Sprecher der Freiburger Polizei mitteilte, wurde als Täter ein 61jähriger Mann aus der Umgebung Freiburgs gefaßt. Der Mann, der den Vortrag Kohls im Auditorium Maximum hören wollte, habe sich in dem tumultartigen Gedränge bedroht gefühlt, erklärte der Polizeisprecher. Als der Mann von dem Leibwächter Kohls auf die Seite gedrängt worden sei, habe er ein Beh-Gehörn aus seinem Lodenmantel gezogen und den Mann in den Rücken gestochen.

Kohls Leibwächter Irrtümlich von CDU-Mitglied verletzt

wu. Stuttgart (Eigener Bericht)

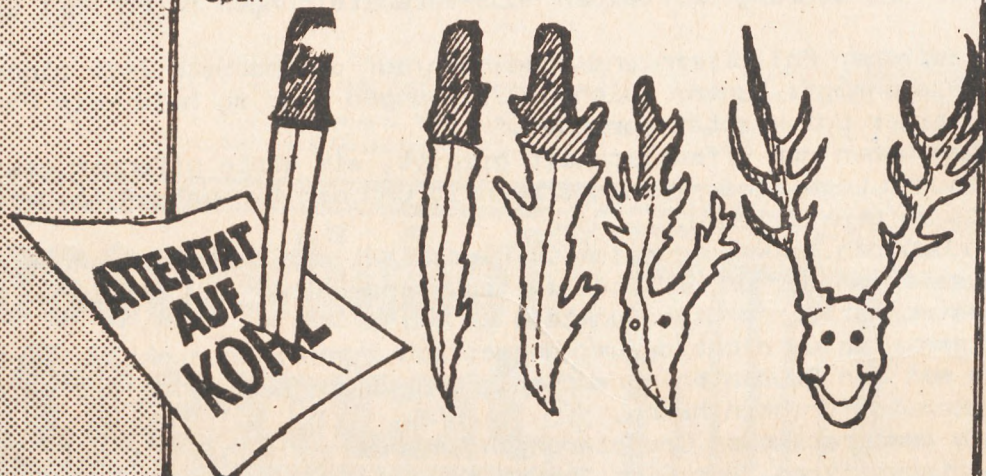
Als Irrtum hat sich herausgestellt, was zunächst als politisch motivierter Angriff auf einen Leibwächter des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Kohl angesehen worden war. Der 61jährige „Messerstecher“, der nach eigenen Angaben der CDU angehört und den die Polizei für „gründlich“ hält, gab zu, er habe während der tumultartigen Vorgänge in der Universität Freiburg angenommen, der von ihm verletzte Beamte gehöre zu den Demonstranten und wolle den Kanzlerkandidaten angreifen, da er sich so vordrängte. Als „bewußte Vergiftung der politischen Atmosphäre“ bezeichnete es der baden-württembergische SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Schieler, daß CDU und RCDS den Vorfall zu einem politischen Attentat hochstilisiert hätten, obwohl anderslautende amtliche Polizeierkenntnisse hätten eingeholt werden können. Zugleich verurteilte Schieler aber auch die Störungen bei dem Auftritt Kohls in der Universität. Wie der Leiter der Polizeidirektion Freiburg mitteilte, wird gegen den Mann, der sich auf freiem Fuß befindet, wegen des Verdachts vorsätzlicher Körperverletzung ermittelt. Nach den Feststellungen der Polizei hatte der Mann dem Begleitbeamten Kohls ein 20 Zentimeter langes Rehgewehr in den Rücken gestochen.

Rehgehörntes

ODER: WER MACHT
HIER TERROR ?

„Was uns nicht umbringt, macht uns stärker“, scheint man sich in CDU-Propagandazentralen mit schöner Regelmäßigkeit zu sagen. Und dann folgt jeweils ein „Attentat“. Man erinnere sich: Im vergangenen Jahr hörte plötzlich CDU-Bundesschatzmeister Leisler-Kiep blaue Bohnen auf seine Privatsauna pfeifen. Vom Schützen fehlt bis heute jede Spur.

1975 meldete auch Niedersachsens CDU-Landtagspräsident Müller Attentate auf seine wert Person. Seither trägt er einen Revolver mit sich herum. Von Schüssen und Schützen fehlt jede Spur.



Rheinland-Pfalzens Landtagspräsident Martin – von der CDU! – entging im Januar 1976, so stand zu lesen, einem Mordschützen. Am 15. Januar war dann polizeibekannt: Parteifreund Köhler, Fahrer des Präsidenten, hatte als Freizeitbeschäftigung die Seitenscheibe des Dienstwagens durchgeschossen.

Und nun ist Helmut Kohl persönlich nur knapp davongekommen. Ein Messerstich, so hieß es, verletzte in Freiburg schwer seinen persönlichen Bewacher. Nur – laut Polizeibericht – stach kein Messer, sondern ein Rehgehörn. Die Verletzung war nicht schwer, sondern leicht. Und der Stecher war ein CDU-Parteifreund, der den Kohl-Beschützer für einen „linken Randalierer“ gehalten hatte.

Die Inflation scheinbarer Attentate hat allerdings ihren Grund. Die CDU braucht „Terror“ gegen sich; und wenn sie ihn erfinden muß, genauso wie einst Bismarck „Anarchisten“-Attentate zur Durchsetzung seiner Sozialistengesetze.

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee. Erscheint monatlich. Preis 20 Pfennig. Jahresabonnement einschließlich Postzustellung DM 8,—.

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im Anti-Strauß-Komitee arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag leisten, um den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Pressgesetzes: Heinz Jacobi, Martin Greif-Straße 3, 8000 München 2. München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag.